WARNUNG DES INNENMINISTERS: DIESE ZEITUNG KANN IHRE KARRIERE GEFÄHRDEN!

TATblatt

PLUS 35 NUMMER gegründet 1988 mit Nummer minus 101 (8/95) 11. MAI 1995 PREIS: S 15,–

Unser Freund Caspar



bekannt aus Funk und Fernsehen

Betrifft: TATblatt

Auch der Inhalt dieses TATblatts ist vom Anschlag in Ebergassing und seinen Folgen bestimmt. Leider aber nicht ganz in der Art, wie wir uns das vorgestellt haben. Insbesondere die „Zeit der Analyse", die wir im letzten TATblatt für notwendigerweise folgend erklärt haben, scheint noch nicht angebrochen zu sein.

Die Ursache dafür ist zur Zeit so gut wie jeder österreichischen Publikation zu entnehmen, und so auch unserer: Der versuchte Anschlag von Ebergassing bot den willkommenen Anlaß für die bisher massivste Manifestation rechter Positionen seit dem „Fall Borodajkewicz" und der Ermordung Ernst Kirchwegers.

Die Ereignisse finden noch statt.

So gesehen kann diese Ausgabe des TATblatts zwar mit keinerlei „Analysen" aufwarten, sehr wohl jedoch mit vielen Infos über „die Folgen von Ebergassing". Die zu kennen ist immerhin so etwas wie Voraussetzung eines zielführenden Diskurses...

Apropos kennen: Das Titelblatt ist klarerweise eine Photomontage!

Der Name Einem war für uns bis Ende vergangenen Jahres ein Komponist bzw eine Unterschrift auf einem Erlagschein (siehe Titelblatt — es ist die Echte!). Kontakt mit Einem hatte — und zwar ausschließlich im Zusammenhang mit unseren Schnorraktionen — bisher überhaupt nur eine einzige Person aus dem TATblatt-Kollektiv. Wir legen Wert auf die Feststellung, daß diese Person — entgegen frei erfundener Medienberichte — bei allerbester Gesundheit ist! Und zumindest die wesentlichen Vitalfunktionen betreffend trifft das auf alle *Personen zu, die jemals im TATblatt mitgearbeitet haben...*

Trotzdem nehmen wir uns die Freiheit, um Peter und Gregor zu trauern — und das Recht, es auch klar und deutlich zu sagen!

★

Die ominösen Bankbelege

TATblatt

Gerüchte über Gerüchte ranken sich mittlerweile über die Herkunft der beiden Bankbelege, die Zahlungen von Caspar Einem an das TATblatt beweisen. In der letzten Zeit versuchten wir mehrmals, mit einer Klarstellung - etwa auf unserer Pressekonferenz am 28. April - die Gerüchteküche zu durchdringen. Die APA berichtete über unsere Stellungnahme, später etwa auch die Kleine Zeitung. Trotzdem hielten sich in der absolut hysterischen linken und grünen Szene die Gerüchte, so als ob wir nie ein Wort gesagt hätten. Daher ein letztes Mal der Versuch, die Sache klarzustellen. Wer dann noch immer blöde spekuliert, dem bzw. der ist ohnehin nicht zu helfen.

Entstehung von Gerüchten

Am 26. April schreiben Zeitungen erstmals darüber, daß Haider Einem der Kumpanei mit der linken Szene, d.h. dem „Zentrum des Terrors TATblatt" (Kronen Zeitung) bezichtigt wird. Am 28.4. steht es eindeutig fest, nämlich mit Höhe des Betrags und Zeitraum der Einzahlung. Einem gibt es auch zu.

Allerdings, die Umstände des Bekanntwerdens sind seltsam. Zunächst behauptet die zu Ebergassing ermittelnde Polizei (NÖ), daß die Belege „bei einer Hausdurchsuchung" gefunden worden wären. Das TATblatt dementiert, daß im Büro eine Hausdurchsuchung stattgefunden hat. Außerdem sind beide Originalbelege in unserem Besitz; Kopien wurden keine angefertigt und wir geben auch prinzipiell keine Unterlagen über SpenderInnen, AbonnentInnen usw. weiter. Darüber berichtet auch die APA am 28.4., es muß also allen bewußt sein, daß das nicht die Wahrheit sein kann.

Daraufhin modifiziert sich die Argumentation der Polizei. Zum einen wird spezifiziert, daß es die Hausdurchsuchung im EKH gewesen sein soll, und während dieser Hausdurchsuchung soll irgendwer mit dem Beleg herumgewachelt haben und die Polizei brauchte diesen nur mehr einzukassieren. Besonders dreist wird im Profil vom 29.4. gelogen, in jener Ausgabe, in der Herausgeber Czernin fordert „Der Innenminister muß gehen". Originalton Profil: „Die Gerüchte um seinerzeitige Finanzhilfe durch den späteren Innenminister waren seit einer polizeilichen Hausdurchsuchung im Ernst-Kirchweger-Haus in Wien-Favoriten kursiert. Die Beamten hatten dort auch die Buchhaltung der 'Unabhängigen Initiative Informationsvielfalt' gefunden und beschlagnahmt".

Im Kurier vom 28.4. schreibt Rauscher, daß „Polizei-Sondereinheiten mit notorisch guten Beziehungen zu Haider die Spendenbelege gefunden haben"; wo, das sagt auch er nicht.

Die These von dem Fund der Belege durch die Ebergassing-Ermittler wird auch am 28.4. ungebrochen aufrechterhalten. Weiterhin brodelt die Gerüchteküche. Neuere Thesen, die in der linken Szene auf fruchtbaren Boden fallen, sind: unser Buchhalter wäre mit sämtlichen Buchungsunterlagen verschwunden; ein ehemaliger Buchhalter oder ehemalige Vereinsmitglieder hätten Kopien der Belege angefertigt und diese großzügig in der Gegend verteilt usw.

Das TATblatt stellt dazu eindeutig fest

➔ In unseren Räumlichkeiten wurden keine polizeilichen Ermittlungen durchgeführt, keine Hausdurchsuchung vorgenommen, keine Belege beschlagnahmt. Gegen uns wurde auch nicht offiziell im Zusammenhang mit Ebergassing ermittelt.

➔ Wir sind im Besitz sämtlicher Buchungsunterlagen, unser Buchhalter ist nicht verschwunden. Die Originalbelege der beiden Überweisungen von Caspar Einem auf das Konto der UII sind in unserem Besitz.

➔ Zu keinem Zeitpunkt wurden unsere Buchungsunterlagen oder sonstige Unterlagen im EKH aufbewahrt oder auch nur kurzfristig gelagert.

➔ Wir fertigen von unseren Überweisungsbelegen keine Kopien an und haben es im konkreten Fall auch nicht getan. Die Erlagscheinabschnitte sind Dritten nicht zugänglich.

➔ Und zuletzt in aller Deutlichkeit: Von uns stammen die Informationen über Zahlungen von Einem nicht.

Schlußfolgerungen

Soweit zum Sachverhalt. Wir gehen davon aus, daß es Dritten auf illegale Weise möglich war, Einsicht in die Überweisungs-

vorgänge zwischen der Bank von Caspar Einem und unserer Bank, der PSK, zu nehmen. Für die These spricht, daß laufend von der Polizei behauptet wurde, bei den Ermittlungen zu Ebergassing wären „die Belege" gefunden worden - erst später war plötzlich von Kopien die Rede - ohne diese vorzuweisen. Originalbelege - nämlich seine eigenen - wurden erstmals von Caspar Einem selbst in der Öffentlichkeit gezeigt. Da wir selbst über den anderen Erlagscheinabschnitt verfügen, gibt es keine weiteren Originalbelege - außer in den Banken. Und außerdem: während der Berichterstattung über die Spenden waren den Medien zwar Einzahlungsdaten und Höhe bekannt, Belege konnten sie aber ebenfalls nicht abdrucken. Gerüchten zufolge wußten einige JournalistInnen von den Zahlungen aber schon eine Woche vor der ersten Veröffentlichung.

Wir gehen daher davon aus, daß es eine Verletzung des Bankgeheimnisses im Bereich der Banken gegeben haben muß. Daher haben wir uns entschlossen, das Bundesministerium für Finanzen zu ersuchen, Ermittlungen zu veranlassen. Wegen der politischen Dimension der Angelegenheit haben wir mehr Vertrauen in die Bankenaufsicht, die im BMF angesiedelt ist, als in die Staatsanwaltschaft.



Das Corpus Delicti

TATblatt hetzen und den Innenminister am 29.4. geballt zum Rücktritt auffordern, halten ungebrochen - mit Ausnahme des Kurier, der auch einen Vertreter zu unserer Pressekonferenz geschickt hatte - an der These „Hausdurchsuchung" fest, trotzdem die APA bereits unsere Stellungnahme Stunden zuvor publiziert hatte. Der Unterschied ist umso deutlicher, als sich die in den Bundesländern erscheinenden Zeitungen nicht nur nicht an der Kampagne gegen Einem beteiligen, sondern auch in aller Deutlichkeit unsere Version der Dinge dokumentieren.

Was uns vom TATblatt am meisten erstaunte, ist, daß die in Wien erscheinenden Zeitungen unsere Version prinzipiell nicht interessierte (es gab auch keine Anrufe der Redaktionen bei uns), während die Bundesländer-Zeitungen — v.a. Kleine Zeitung, Vorarlberger Nachrichten, OÖN u.a. - ausführlich darüber berichteten. Ein klarer Fall von Medienhetze von lediglich fünf Tageszeitungen und einer Wochenzeitung.

★

Das TATblatt und der Datenschutz

Wir sind peinlich genau bemüht, daß keine Adressen oder sonstigen Informationen von BezieherInnen, Lesybriefschreiberlnnen oder sonstwie mit dem TATblatt in Kontakt stehenden oder kommenden Personen bekannt werden. Dazu gehört, daß Adressenmaterial oder ähnliches nicht aus dem Büro kommt, auch nicht kopiert und woanders gelagert wird. Unsere Belege werden in den Ordnern vergraben.

Legal gibt es nur eine Möglichkeit dranzukommen — eine Hausdurchsuchung. Allerdings versuchen wir auch für einen solchen Fall gerüstet zu sein.

Die größte Wahrscheinlichkeit, daß Namen und Adressen bekannt werden, liegen außerhalb unserer Einflußmöglichkeiten. Es ist dies der Bankbereich, weil Belege von einer Bank zur anderen gehen, sortiert und meistens mikroverfilmt werden. Die zweite Möglichkeit sind die Adreßpickerl nach der AuFahrgastabe der Zeitungen. Darauf haben wir leider überhaupt keinen Einfluß. Aber wir tun alles, was wir können, zu Eurem und unserem Schutz.

★

Spekulationen unsererseits

Der Fall sieht nach einer klassischen Intrige aus. Polizisten aus der AUF wissen zwar von Zahlungen des Innenministers an das TATblatt, können aber keine Belege vorweisen. Daraufhin fordert Haider lautstark Hausdurchsuchungen im TATblatt, wo dann „die Beweise" gefunden würden. Es könnte vermutet worden sein, daß Einem auch ohne Verdachtsmomente gegen uns im Fall Ebergassing aus Opportunismus einer Hausdurchsuchung zustimmt. Einem steigt darauf nicht ein und die Polizei greift zu der Notlüge, daß bei „einer Hausdurchsuchung", später „bei der Hausdurchsuchung im EKH" unsere Buchhaltung beschlagnahmt worden wäre.

Die in Wien erscheinenden Zeitungen (Krone, Kurier, Standard, Presse, Täglich Alles, Profil), die mittlerweile alle gegen das TATblatt hetzen ...

DIE STIMME DES VOLKES

U-Bahn, S-Bahn, Achterbahn, Anarchas wollen Taxi fahren...!

Abt. Erlebte Geschichte

Taxifahrer: „Na was sagen Sie zu der Sache mit'm Einem?"

Fahrgast (kurzes Grübeln): „Ja, eigentlich find'ich das ganz in Ordnung, daß er da gespendet hat."

Taxifahrer: „Na der Einem sagt's dem Haider wenigstens amoi ordentlich eini. Der hat des wirklich gut g'macht am Sonntag." (Anm.: Bezug auf „zur Sache")

Fahrgast: „Hm, ja, hm, hm,..."

Taxifahrer: „I mein', da muß doch endlich dem Haider irgendeiner einmal wirklich entgegentreten."

Fahrgast: „Hm, ja, hm, hm, ja, ja,..."

Taxifahrer: I mein', daß ma sich doch net von dem Haider alles g'falln lassen kann."

Fahrgast: „Hm, ja, hm, hm, ja, ja, des seh'ich auch so..."

...

(etwas später)

Fahrgast: „Der Rest ist Trinkgeld (Anm.: 22 Öschis). Des ham sie sich verdient."

Taxifahrer (leicht verdattert): „???"

Fahrgast: „Naja, wir sind halt von dieser Zeitung."

Taxifahrer: „Eeecht? Vom TATblatt? Ham's vielleicht a Ausgab'da? Des mecht'i ma scho anschauen..."

★

Das TATblatt im Wandel der Zeit

Wir haben hier Presseaussendungen und Ausschnitte aus Artikeln zusammengefaßt, die eines klar dokumentieren: eine klar aufgebaute Hetze, die von allgemeiner Diffamierung ausgehend auf die Konstruktion eines nebulosen Umfelds übergeht. Letztlich findet diese Hetze ihren Höhepunkt, indem den TATblatt-RedakteurInnen gerade noch zugestanden wird, nicht selbst TerroristInnen zu sein. Wir möchten auch darauf hinweisen, daß sich besonders der Standard eifrigst daran beteiligt hat bzw. den meisten anderen Zeitungen an Konsequenz fast immer einen Schritt voraus war. Der Standard stellte schon Tage vor der eigentlichen Kampagne gegen uns die konkrete Verbindung zur Presseförderung her. Aber auch bei den anderen in Wien erscheinenden Zeitungen fand Haider stets ein offenes Ohr; diese forderten letztlich im Einklang am 29/30.4. den Rücktritt von Einem, dieses im offensichtlichen Gegensatz zu den Bundesländerzeitungen, die sich überhaupt merklich zurückhielten. Das folgende ist original aus den angegebenen Quellen zitiert.

Die Zentren potentieller Links-Terroristen...Dazu gehört die öffentlich subventionierte Anarchistenpostille TATblatt. (Kurier 23.4.)

...stelle sich die Frage der Presseförderung für das Tatblatt. (Standard 22/23.4.)

Standard eröffnet die Debatte um die Presseförderung.

Genauer betrachtet findet sich aber in der Zeitschrift TATblatt, dem Sprachrohr der autonomen Szene, eine Reihe fundierter Beiträge zum Thema „Stromlobby"...(Profil 24.4.)

Fundierte Berichterstattung als Beweis für eine Verbindung des TATblatts zu den Tätern von Ebergassing.

...Tatblatt, das geistige Zentrum des Terrors...(Krone 26.4.)

Immer wieder wurden in linken Szene-Medien wie dem TATblatt Bekennerbriefe zu Anschlägen und Gewaltaktionen veröffentlicht, immer wieder Waffen gefunden. (Neue Freie Zeitung 26.4.)

Wir überlegen zu klagen.

Einem habe „das berüchtigte und von einem österreichischen Gericht verurteilte TATblatt, das als Publikation der linken Terrorszene" gelte, „gesponsert und damit die linke Terrorszene persönlich unterstützt", kritisierte Haider. (APA 27.4., gleicher Wortlaut im Standard 28.4.)

Der Standard einig mit Haider.

Otmar Karas ... „erschüttert" darüber, daß Einem das linke „Anarcho-TATblatt"... (APA 27.4.)

Heide Schmidt... Was das TATblatt betreffe, so „gestehe ich, daß mir die Zeitschrift nicht geläufig ist, das ist kein Blatt, das ich lese und kenne. Aber ich weiß, daß es jedenfalls der linksextremen Szene zuzuordnen ist". Daraus aber „gleich eine Zuordnung zur Terrorszene zu machen, ist eine typische Haideriade". (APA 27.4.)

Nach Kirchenaustritt als Folge der Affäre Gröer und dem Eintreten für die Rechte Homosexueller auch noch das. Ich werd' noch zum Heide-Fan; persönliche Anmerkung des Tippers.

Das „TATblatt" war in einem Verfahren wegen der Aussage verurteilt worden, daß F-Obmann Haider rassistische Hetze betreibe. In einem zweiten Verfahren ist dagegen Haider unterlegen, so darf er nicht mehr behaupten, daß das „TATblatt" zur Gewalt gegen den F-Obmann aufrufe. (APA 27.4.)

Da steht ausnahmsweise mal die Wahrheit. Es soll keine/r in der Journaille sagen, daß die Fakten über die Prozesse nicht zugänglich gewesen wären.

SP-Ederer: Private Spende für Meinungsvielfalt an einen offiziell eingetragenen Verein nicht verwerflich.

Daß eine Privatperson Spendengelder in der Meinung, den Ankauf einer Druckmaschine für eine Zeitschrift zu unterstützen und damit der Meinungsvielfalt in unserem Land beizutragen, an einen offiziell eingetragenen Verein überweise, sei nicht verwerflich, solange sich der Verein auf dem Boden der Legalität befinde...(APA 27.4.)

Ganz unsere Meinung, unsere Kontonummer ist PSK 7547.212.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Cap betonte, daß Innenminister Caspar Einem wegen seiner früheren TATblatt-Spende kein Vorwuf zu machen sei. (APA 27.4.)

PSK 7547.212

Einem distanzierte sich erneut von der Publikation. Er stehe für „keinen der Inhalte des TATblatts zur Verfügung". Das „TATblatt" wäre einer presserechtlichen und strafrechtlichen Würdigung wert. (APA 28.4.)

Plötzlich kneifen und uns Haider und den AUF-Kiberern zum Fraß vorwerfen - absolut verwerflich!

Die Bombenleger von Ebergassing werden dem Tatblatt-Umfeld zugeordnet. (Standard 28.4.)

Warum eigentlich nicht dem Standard-Umfeld; schließlich hat der Standard schon jede Menge über - eigentlich gegen - die 380kV-Leitung geschrieben.

In ihrer jüngsten Ausgabe stellt die Parteizeitung „Neue Freie Zeitung" (NFZ) auf Seite 1 ein detailliertes Organigramm vor. Titel: „Das Netz - Wer sind die wahren geistigen Väter des Terrors?" Darin wird TATblatt als Sprachrohr der Szene in direkte Verbindung zu Konicek und Thaler gebracht. (OÖN 28.4.)

Das war selbst allen anderen Zeitungen zu blöd.

...Zentralorgan der Anarcho-Szene... (Kurier 28.4.)

...Hetzschrift TATblatt... (Krone 28.4.)

Zum TATblatt-Umfeld gehören die Strommasten-Attentäter von Ebergassing. (Presse 28.4.)

Wiener Grüne..."Heute sieht das TATblatt einfach anders aus als noch vor wenigen Wochen", sieht auch Chorherr eine Wandlung der Szene..."Das TATblatt war eine Zeitschrift auf legalem Boden", betonte er. (APA 28.4.)

Plötzlich. Das glaubt Ihr doch selber nicht. Das ist aber nicht gerade die Art von Widerstand, die den Austrofaschismus oder das Dritte Reich aufgehalten hätte. Dies nur für den Fall, daß Ihr mal wieder in einer Festveranstaltung fragt, warum damals keiner was unternommen hat. Und die SPÖ-Grüne-Koalition ist noch längst nicht fix.

F-Klubobmannstellvertreter Stadler...Vranitzky erweise sich „als Schutzpatron der linksradikalen Szene". (APA 28.4.)

Unsere Kontonummer ist PSK 7547.212, nur für den Fall.

Michael Kreißl von der AUF...Der Umstand, daß ein Mann, der das „Anarchistensprachrohr TATblatt" unterstützt habe, Innenminister sei, müsse als „Provokation gegen jeden einzelnen Exekutivbeamten" bezeichnet werden. (APA 28.4.)

Provozier, provozier.

ÖVP-Kiss...Wörtlich meinte er: „Blattlinie und Berichterstattung weisen in den Bereich des terroristischen Umfeldes bzw. dessen Symphatisantenkreis. Bei dem nunmehrigen Anschlag auf die 380kV-Leitung in Ebergassing hat sich herausgestellt, daß die Täter im Umfeld dieses Vereines zu finden waren, der offensichtlich eindeutig staatsfeindlich tätig ist". (APA 28.4.)

Linke Extremisten ausgebildet wie Wehrsportgruppen

Egal, ob bei einer Aktion

Die Umstände weisen darauf hin, daß Abgeordneter Kiss in den Skandal um Provisionen für Waffenkäufe des Bundesheeres von British Aerospace verwickelt ist. Schließlich hat Kiss laut Standard (31.1.95) den Kontakt zwischen ÖVP-Kraft und Mensdorff-Pouilly hergestellt. Wie charakterisieren sie dieses Umfeld, Herr Kiss?

Haider...Einem sei „quasi ein Wiederholungstäter", der „eine gewaltbereite linksextreme Organisation" gefördert habe. Bei seiner zweiten Spende für die „Verteidigung in einem Prozeß, den das TATblatt gegen die Freiheitlichen verloren hat", habe Einem wissen müssen, wen er unterstütze: „Was ist das für ein Innenminister, der eine Gruppe deckt, die Aufforderungen zum 'Schweigen gegenüber den Bullen' publiziert...Weiters sah Haider noch "sonderbare Zusammenhänge", da die Gemeinde Wien dem TATblatt eine „Wohnung bzw. ein Geschäftslokal zur Verfügung" stelle...Stadler stellte einen Zusammenhang zwischen der jüngsten Ausgabe des TATblattes und einem „Schußattentat" in Innsbruck her. Auf ein Haus der „schlagenden" Sängerschaft „Skalden" war gestern ein Schuß abgegeben worden. Das TATblatt stehe, so Stadler, in einem Prozeß mit der „Skalden" und habe deren Adresse einen Tag zuvor veröffentlicht. (APA 28.4.)

Innenminister: Die Exekutive klärt professionell auf

Haider bezichtigt Einem der Kumpanei mit Linksextremen

Wien. – Schwere Geschütze fuhr Jörg Haider gegen

Das ist alles so wahr wie die Behauptung, daß die Skalden eine schlagende Sängerschaft ist.

Frischenschlager...Das TATblatt sei „entschieden zu verurteilen". (APA 28.4.)

Danke für die überflüssige Wortspende.

Sorge über die weitere Optik bereitete auch, daß beim TATblatt-Verein in den letzten Jahren nicht weniger als 4029 Förderungsanträge nach der Aktion 8000 vom Sozialministerium positiv beschieden wurden. Dem früheren Minister Hesoun Sympathien für die Anarchoszene zu unterstellen, wäre freilich absurd. (Kleine Zeitung 29.4.)

Da war natürlich im Büro immer ein unglaubliches Gedrängel, bei den vielen Angestellten. Glücklicherweise konnten wir Hesoun nicht leiden und er uns auch nicht. Ansonsten hätten wir einen Büroturm mieten müssen. In der Kasse des Sozialministeriums haben die 4029 bewilligten Stellen allerdings ein Loch hinterlassen, weshalb jetzt ein Sparpaket nötig wurde.

Interview mit Haider: ... Er (Einem) hat als Staatssekretär im Bundeskanzleramt gespendet - zu einer Zeit, als er mit der Presseförderung befaßt war und von dem Urteil gewußt haben muß, in dem das TATblatt wegen Gewalttätigkeit verurteilt wurde. Er durfte das Blatt damals nicht mehr mit Steuergeldern unterstützen...(Presse 29.4.)

Die Argumentation versteht wohl nicht einmal Haider selbst.

Die zwei toten Extremisten...stammen aus dem unmittelbaren Umfeld der TATblatt-Macher. (Presse 29.4.)

Das Umfeld rückt näher, Beweise gibt es noch immer keine.

...öffentliche Förderungen für das linksextreme TATblatt als „Versammlung von Kumpanen, die Gewalt fördern"... (Haider in neue Volkszeitung 29.4.)

Die toten Bombenleger von Ebergassing werden dem TATblatt-Umfeld zugerechnet. (Standard 29.4., Seite 1)

Die toten Bombenleger standen mit der TATblatt-Szene in Verbindung. Das heißt nicht, daß die TATblatt-Autoren Terroristen sind - aber es gibt ein Nahverhältnis. (Standard 29.4., Seite 28)

Aber dem nicht genug, stellt sich jetzt heraus, daß der Staat Steuergelder in erheblichem Ausmaß zur Subvention der Anarcho-Zeitschrift TATblatt aufgewendet hat. Nachdem in der Anarchisten- und Attentäterszene die Freigiebigkeit des Staates bemerkt worden war, wurde ein Verein gegründet, der ebenfalls Steuergelder erhielt. Auf diese Weise kam es wohl auch zu der aus den Taschen der Steuerzahler mitfinanzierten Beschaffung großer Mengen Sprengstoff. (Krone 29.4.)

Wenn uns zu diesem Punkt auch noch ein Trottel aus der Linken fragt, ob das stimmt, besauf' ich mich bis zur Besinnungslosigkeit.

Neben den skandalösen Spenden Einems an das linksterroristische Pamphlet TATblatt sei nun der Vorwurf zu erheben... (Haider in NZ, 30.4.)

Doch aus dem Umfeld des TATblatts kamen die beiden Attentäter...(Kurier 30.4.)

...Anarchopostille TATblatt... (Neue Zürcher Zeitung 2.5.)

Wir sind international berühmt! Nach der „Welt" und der „Süddeutschen Zeitung" berichtet jetzt auch das Zentralorgan des internationalen Finanzkapitals, die NZZ, über uns.

In der Folge wird's öd, weil sich die Vorwürfe/Ansudelungen/Lügen ständig wiederholen.

★

TATBLATT IM SCHILLINGREGEN

Seid umschlungen, Millionen!

In verschiedenen Medien, parlamentarischen Anfragen und politischen „Statements" wird dem Sozialministerium immer wieder vorgeworfen das TATblatt massiv finanziell unterstützt zu haben. Auch in unserem politischen Umfeld werden die dabei ins Spiel gebrachten 740.000,— öS oft für eine unfaßbare Tatsache gehalten. Die in der Tat stattliche Summe bedarf einer Erklärung.

Die angesprochene Förderung wurde an den Verein „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt" (UII) im Rahmen der Aktion 8000 ausbezahlt. Die Mittel wurden zweckgebunden dafür ausbezahlt, daß der Verein an neu zu schaffenden Arbeitsplätzen Langzeitarbeitslose beschäftigt. (Genau heißt das, daß es sich dabei um einen Zuschuß zu den Lohnkosten in Höhe von etwas weniger als zwei Drittel der im Verein entstehenden Aufwendungen für diese Anstellungen handelt.)

Was viele überraschen mag: die angegeben Höhe stimmt ungefähr. Es wurden im Jahr 1994 durchschnittlich 4 (Teilzeit-)Angestellte gefördert. Das Geld steht aber keineswegs dem Verein zur Verfügung. Denn von den 740.000,— öS gehen sofort wieder 420.000,— öS an den Staat zurück (Lohnsteuer, Sozialversicherung, Dienstgeberbeitrag beim Finanzamt, ...). Die restlichen 320.000,— öS ergeben einen Lohnkostenzuschuß zum auszuzahlenden Kollektivvertragslohn von ca. 5700,— öS pro Monat pro Person. Sicher ist diese Förderung für beide Teile (Verein und Angestellte) eine wichtige Sache, aber klar gesagt muß sein, daß der Verein daraus keinen direkten finanziellen Vorteil hat, und schon gar nicht das TATblatt. Denn von einer Anstellung in der UII kann keineswegs direkt auf eine Tätigkeit beim TATblatt geschlossen werden.

Goldene Wasserhähne werdet ihr in der Redaktion also keine finden, und auch die Druckerschwärze des Exemplars das ihr hier in Händen haltet, ist schlicht Druckerschwärze (oder?).

★



[redacted]

DIE F UND DIE ZENSUR

Publizistikförderung

Bisher gingen wir davon aus, daß sich lediglich die F gegen unsere Publizistikförderung für 1994 ausgesprochen hätte. Da die Entscheidung darüber geheim gehalten wird, konnten wir den wirklichen Grund nicht ermitteln und daher keine Beschwerde erheben. Nun wissen wir den Grund: der damals zuständige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Einem, begründete in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung die Streichung mit dem Prozeß TATblatt gegen Haider, weil es ein erstinstanzliches Urteil gebe. Es werde erst wieder Subventionen geben, wenn das TATblatt in zweiter Instanz gewinnt (siehe auch News 4.4.95). Daher bringen wir nun beim Bundeskanzleramt eine Beschwerde ein, verbunden mit der Forderung, erneut den Antrag für 1994 zu verhandeln. Falls wieder gegen uns entschieden wird, werden sich sicherlich internationale Gremien finden lassen, die sich professionell mit Fällen von Zensur beschäftigen.

An das
Bundeskanzleramt
Abt. V/4

Publizistikförderung TATblatt;
Ablehnung 1994



Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Förderung unserer Zeitung TATblatt im Rahmen der Publizistikförderung wurde im vergangenen Jahr unter dem reichlich formalen Grund, wir würden nicht den Vergaberichtlinien entsprechen, abgelehnt. Bisher konnten wir nicht den tatsächlichen Grund ermitteln.

Seit der Sendung „Zur Sache" vom 30. April sind wir informiert. Laut Innenminister Einem war der Ablehnungsgrund, daß

1. der Vertreter der F seinen Einwand geltend machte

2. der Ministerrat beschloß, unter Hinweis auf den laufenden Prozeß zwischen dem TATblatt und Jörg Haider die Publizistikförderung so lange einzustellen, bis der Prozeß abgeschlossen sei.

Diese Vorgangsweise erscheint uns zumindest fragwürdig. Zum einen wird dadurch auf ein laufendes Verfahren insofern Einfluß genommen, indem es einem der beiden Verfahrensparteien gelingt, eine Förderung der anderen Partei mit Hilfe Dritter zu unterbinden und diese Partei damit wirtschaftlich zu schädigen bzw., in unserem Fall, in ihrer Existenz zu gefährden. Zudem wurde dadurch eine Vorverurteilung vorgenommen.

Wir gehen nicht davon aus, daß auch den Publikationen der F oder überhaupt anderen Medien die Publizistikförderung entzogen wurde, weil sie Prozesse laufen haben. Würde diese Begründung zur Richtlinie der Publizistikförderung gemacht werden, gäbe es keine einzige größere Zeitung, die Publizistikförderung erhalten würde.

Wir dürfen Sie außerdem darüber informieren, daß die UII ebenfalls Jörg Haider geklagt hat, daß das Verfahren nicht abgeschlossen ist und daß Haider in der Klage inkriminierte Äußerungen - wir hätten au-Fahrgasteforderl der FPÖ Briefbomben zu schicken - per einstweiliger Verfügung untersagt wurde.

Wir sind der Ansicht, daß die UII durch diese an Zensur grenzende Entscheidung kraß diskriminiert wurde und fordern Sie zu einer Stellungnahme auf.

Darüber hinaus beantragen wir eine neuerliche Entscheidung über unseren Antrag auf Publizistikförderung für das Jahr 1994.

Mit freundlichen Grüßen

für den Vorstand der Unabhängigen Initiative Informationsvielfalt

Von wegen Rechtskraft...!

Jörg Haider hat es in der TV-Konfrontation mit Pilz und Einem auf den Punkt gebracht: Das Verfahren Haider vs. Pilz ist keineswegs „rechtskräftig" entschieden. Zwar hatten zwei Gerichtsinstanzen im Pilz'schen Sager über Haider als „geistigen Ziehvater des rechtsextremen Terrors" eine Meinungsäußerung erkannt (die nach Art. X EMRK nicht unterbunden werden darf), der Oberste Gerichtshof aber, bei dem der Fall jetzt liegt, könnte auch ganz anders entscheiden.
Jörg Haider hat jedenfalls genau den aktuellen Verfahrensstand der Zivilrechtssache Haider vs. TATblatt beschrieben: Die Sache liegt seit Mitte März beim OGH.

Ausgangspunkt der Klage Haiders gegen das TATblatt war die Wandzeitung „Querformat", die zu Zeiten des rassistischen FPÖ-Volksbegehrens (also Jänner 1993) in großer Zahl auf wiener Plakatwänden (oder was dafür gehalten wurde) affichiert war. In ihr wurde der FPÖ und ihren FunktionärInnen ganz generell unterstellt, rassistische Hetze zu betreiben. Beigefügt war eine Liste mit Namen und Adressen F-ischer Abgeordneter in Verbindung mit der Aufforderung, „ihnen unbürokratisch die Meinung (zu) sagen" oder „kleine Aufmerksamkeiten (zu) schicken"[1].

Das TATblatt, das sich unter anderem zur Aufgabe gemacht hatte, antirassistischen Widerstand gegen das FPÖ-Volksbegehren möglichst vollständig zu dokumentieren, druckte diese Wandzeitung in verkleinerter Form ab, und wurde prompt — die HerausgeberInnen der Zeitung waren offenbar nicht zu fassen — von Jörg Haider geklagt.

Die im Verfahren vorgelegte, mehr als 80 Seiten umfassende Klagsgegenschrift, mit der die Berechtigung dieser Kritik an der Politik der FPÖ bewiesen werden sollte, wurde vom Gericht nicht beachte.

Jedenfalls liegt nun ein Urteil vor, das grob in zwei Teile geteilt werden kann. Während uns (Teil 1) das Verbot, die Adresse Jörg Haiders im TATblatt zu veröffentlichen (gegen die Veröffentlichung seiner Adresse im Nazi-Blatt „Sieg" hatte er nicht geklagt) ziemlich kalt läßt, bereitet der zweite Teil des Urteils, der die Behauptung, Haider betreibe rassistische Hetze, verbietet, echte Probleme: Zum erstenmal ist es einem Politiker gelungen, KritikerInnen eine öffentliche Benennung und Bewertung seiner Poltik zu untersagen!

Das Gericht gelangte zur Ansicht, daß der Vorwurf der „Hetze" ident sei mit dem Vorwurf der „Verhetzung" im Sinne des Strafgesetzbuches. Und nachdem sich noch keine StaatsanwältIn gefunden hat, die/der in Aussagen Haiders eine „Verhetzung" erblicken wollte, war quasi Endstation: Haider „verhetzt" nicht im Sinne des StGB, also ist der Vorwurf der Hetze gleich auch der — falsche — Vorwurf einer strafbaren Handlung.

Das Gericht schränkt damit die Möglichkeit ein, an Form und Auswirkungen der Politik einer rechtsextremen Gruppierung Kritik zu üben.

Dieses Urteil zweiter Instanz betrifft jedoch nicht nur das TATblatt: Es kann, so Haider Klage führt, auf alle Gruppen und Personen angewandt werden, die F-ische Politik als hetzerisch kritisieren[2].

„...wertvollster Tausender der Republik..."

Nach Ergehen des Urteils zweiter Instanz stand der TATblatt-TrägerInnenverein vor dem Problem, daß er erst einmal etwa 120.000,- Öschis an Kosten (des Verfahrens und des gegnerischen Anwalts Dieter Böhmdorfer) bezahlen müßte, wollte er das Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof weiterführen.

Der Grund: Haiders Anwalt hätte, so das Geld nicht freiwillig bezahlt worden wäre, den ihm zuerkannten Betrag (etwa 100.000 Öschis) gerichtlich exekutieren lassen können. In diesem Fall hätte der TATblatt-TrägerInnenverein den Gang zur/zum KonkursrichterIn antreten müssen: Soviel Geld gibt's da nicht!

Anders jedoch als bei lebenden Menschen, die zumindest theoretisch auch Prozesse führen dürfen, wenn sie kein Geld haben, gilt der in Konkurs gegangene Verein als aufgelöst. Er existiert nicht mehr und kann daher auch keine Zivilprozesse fortführen.

Im vorliegenden Fall Haider vs. TATblatt war und ist die Fortführung des Verfahrens geboten: Wo Kritik verboten wird, beginnt Gewaltherrschaft!

Unter anderem der laut Peter Rabl „wertvollste Tausender der Republik", jener Caspar Einems, ermöglicht die Fortführung des Verfahrens: eines Verfahrens, das nicht nur beim OGH, sondern inzwischen auch bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte anhängig ist. Und dort stehen die Chancen des TATblatts, erfolgreich zu sein, sehr gut...

---

1) Die Wandzeitung wurde Ende 1992 im TATblatt dokumentiert, und nicht „zur Zeit der Briefbomben" (Ende 1993), wie Haider gerne behauptet.
2) Ein Vorwurf, der gar nicht selten erhoben wird: zB in Hans Henning Scharsachs Buch „Haiders Kampf"; und erst kürzlich von SPÖ-Klubchef Kostelka...

TERROR UND HETZE

So agitieren „objektive BerichterstatterInnen"

TATblatt Review auf Anordnung von oben

Die unerwartet über uns hereingebrochene geradezu unglaubliche Steigerung des Bekanntheitsgrades unserer Publikation hält uns nicht davon ab, nicht nur die Ursachen, sondern auch die inhaltlichen Transportmittel dieser nationalen Erregung ein wenig unter die Lupe zu nehmen[1].

So agitiert das Anarcho-Blatt
Tips gegen den Rechtsstaat

Wie man Molotowcocktails wirft, Straßenzüge sperrt und in der Straßenbahn „schwarz" fährt

Das „TATblatt", jene zuletzt auf einer vom nunmehrigen Innenminister mitfinanzierten ... ben, man möge künftig „am Tat- und Todesort" Nachrichten wie „Immer daran ... bis vor wenigen Jahren noch gewalttätigen Opernball-Demonstrationen, ...

Vorwurf 1: „Ausgewogenheit" und „Objektivität" sind nach Eigenangabe nicht Sache des TATblatts

Stimmt; So steht's in unserer Selbstdarstellung. (Siehe TATblatt-Rückseite)

Kommentar: Physikalisch-philosophische Betrachtungen zu diesem Thema bitte bei Einstein oder Heisenberg (Unschärferelation!) nachlesen.

Vorwurf 2: Abdruck der Erklärung zur Ermordung Alfred Herrhausens

Stimmt, wir haben in der Ausgabe minus 79 die RAF-Erklärung abgedruckt. Den Text hatten wir aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Kommentar: Wir haben die FAZ noch nie für eine besonders lesenswerte Zeitung gehalten.

Vorwurf 3: Tip an die RAF, man möge künftig am Tat- und Todesort die Nachricht hinterlassen „Immer daran denken, wie schnell's vorbei sein kann".

Stimmt, wir haben in der Ausgabe minus 77 einen namentlich in der Berliner Tageszeitung taz erschienenen LeserInnenbrief nachgedruckt, der recht zynisch die Ermordung Herrhausens kritisierte. Zitat: „Nachdem der Weltkommunismus in seine entscheidende Abdankungsphase getreten ist und damit die größte Hoffnung auf eine heilsbringende Gesellschaftsordnung zerstört ist, stellen sich dem Kapitalismus nur mehr zwei ernsthafte Feinde in den Weg: Die Rote Armee Fraktion (RAF) und der Herzinfarkt (HIF). Beide schlagen schwer berechenbar und scheinbar sinnlos zu. ...

Im Unterschied zum HIF, der sich traditionell einer Begründung seiner Aktionen enthält, ... hat die RAF auch diesmal wieder eine Begründung nachgeschoben. Das ist ... erfreulich, denn beim Lesen der Bekennerschreiben ... haben wir Tränen gelacht über soviel in Begrifflichkeiten verpackten Blödsinn. ...

...die RAF (sollte) also vom HIF lernen: Der vom HIF verübte Anschlag auf Benningsen-Förde (wenige Tage vor Herrhausen vom HIF dahingeraffter Industrie-Manager; Anm. TATblatt) hat hier und da Trauer ausgelöst, doch für keine Sekunde den Blick derer getrübt, die ihm politisch nicht nahestanden. Statt irgendwelcher dubioser Kommandonamen von Leuten, die sich gegen Vereinnahmung durch die RAF sowieso nicht mehr zur Wehr setzen können, sollte die RAF in Zukunft am Tat- und Todesortort dem Herzinfarkt angenäherte nur folgende dem Herzinfarkt angenäherte Erklärung hinterlassen: „Kommando immer dran denken, wie schnell's vorbei sein kann!"

Kommentar: Beim Lesen der verschiedenen Medienkolportagen haben wir Tränen gelacht!

Vorwurf 4: In einem Bekennerbrief wäre die mangelnde Qualität der handelsüblichen (Bomben-)Wecker beklagt worden.

Sorry! Keine Ahnung, wo und wann das bei uns abgedruckt worden sein soll. Könnte sein, daß damit ein LeserInnenbrief in TATblatt minus 75 gemeint ist, in dem zu einigen Anschlägen Stellung genommen wurde. Diese Anschläge ordnete die Polizei der „Anarchoszene" zu[2], ohne daß es aber irgendwelche Anschlagserklärungen gegeben hätte. In besagtem LeserInnenbrief heißt es unter anderem: „Aktionen, die Unbeteiligte gefährden, vermitteln nichts als Scheiße!"

Und weiter: „So betrachtet kommen uns die (aufgelisteten; Anm. TATblatt) Aktionen ziemlich durchgeknallt vor."

Kommentar: So betrachtet kommt uns die Rezeption des TATblatt-Inhalts in bürgerlich Mediem ziemlich durchgeknallt vor! Im Übrigen ist es etwas eigenartig, uns den Inhalt von BekennerInnenschreiben vorzuhalten. Den können wir uns nämlich wirklich nicht aussuchen...

Vorwurf 5: Wir hätten die Opernballdemonstrationen bereits Wochen zuvor zum Thema unserer Berichterstattung gemacht.

Stimmt, wir haben quasi vorbereitend über die Opernballdemonstration berichtet. Insbesondere aber haben wir eine Art „Diskussionsteil" eingerichtet, in dem LeserInnen ihre Meinung zur bevorstehenden Demonstration kundtaten; sehr zur Zufriedenheit jener Medien, die uns das heute vorwerfen, übrigens. Denn auch diese betrieben „vorbereitende Berichterstattung"; meist unter Zitierung von Texten, die im TATblatt erschienen sind...

Kommentar: Tötet die Botin!

Vorwurf 6: Das TATblatt hat Skizzen veröffentlicht, in denen anschaulich dargestellt wird, wie Molotov-cocktails zu werfen sind.

Stimmt. Und der besseren Anschaulichkeit wegen veröffentlichen wir die Grafik gleich noch einmal! Welche wissen wollen, wie Molli's gemacht werden, wenden sich vertrauensvoll an das österreichische Bun-

desheer. Das genaue Molli-Rezept findet sich in dessen Ausbildungsunterlagen...

Kommentar: Nach unseren Skizzen arbeiten also Profis.

Vorwurf 7: Das TATblatt appellierte, das Schloß Schönbrunn und das Belvedere anzuzünden.

Aus einer Zuschrift, veröffentlicht in TATblatt minus 19: „Der Brand der Hofburg ist ein symbolhafter Akt, der zwar den ständig verschärften staatlichen Rassismus nicht aufhalten kann,der aber einen Fingerzeig auf die wirklichen Feinde, auf die Nutznießer der kapitalistischen Krise und des Rassismus, darstellt.

Die Hofburg ist eines der wichtigsten Symbole des österreichischen Imperialismus.

...die Hofburg ist das geschichtsträchtigste Symbol der expansionistischen Politik der alten wie neuen Herrn Österreichs und mußte deshalb als erstes brennen. Aber es ist bei Weitem nicht das einzige. Das Schloß Belvedere wurde aus den Trümmern der zerstörten Dörfer und Städte Südosteuropas ... erbaut. ... Auch das Schloß Belvedere wird brennen.

Komitee zur Unterstützung symbolhafter Großbrände"

Kommentar: Lachen bei Strafe verboten!!!

1) Das Material, welches den in diesem Beitrag „ausgewerteten" Medienbeiträgen zu Grunde lag, stammte aus den Beilagen einer parlamentarischen Anfrage der ÖVP, aus mit ausgewählten TATblatt-Zitaten versehenen Aussendungen der F sowie „Polizei-informationen", die zum Teil von „Freund" zu „Helfer", zum Teil über die APA verbreitet wurden.

2) Darunter z8 ein Anschlag, der in der Nacht vom 19. auf den 20.April 1989, also dem 100. Geburtstag Adolf Hitlers, auf die „Gastarbeiterbaracke" einer Baustelle der Firma Hazet im 11.Bezirk verübt wurde. Glücklicherweise detonierte der Sprengsatz nicht. Weiters einen, der gegen einen Betonpfeiler des im Rohbau befindlichen Gebäudes der Bundespolizeidirektion Wien am Lichtenwerderplatz gerichtet war. Der Anschlag fand wenige Tage nach Aufdeckung einer Nazi-Gruppe durch die Wiener Polizei statt. Außerdem „paßte" er hervorragend in eine in Polizeizeitschriften geführten Debatte über die „Inpraktikabilität" des neuen Polizeigebäudes. Insbesondere die Alarmabteilung wollte nicht auf den Lichtenwerderplatz. Begründet wurde das vor allem mit der „großen Gefahr von Terroranschlägen", der das Gebäude auf Grund seiner Bauweise angeblich ausgesetzt sei.

Nachzulesen in beliebigen Ausgaben der Zeitschrift „Die Exekutive" der Jahre 1986 bis 1990.

Aus dem KURIER (Wien) vom 2. Februar 1990:

Polizei beschaffte sich Wasserwerfer-Autos, Anarchos basteln „Mollis"

Vor Opernball-Demo beginnt „Wettrüsten"



Februar 1990: Vorbereitende Kriegsberichterstattung mit Bezug auf's TATblatt

KÜSST JÖRG HAIDER, WO IHR IHN TREFFT

This is not a love-song...

Im Zuge des Medien-Happenings um den Anschlag von Ebergassing wird das politische Konzept der „Freiheit, wie er sie meint", deutlich sichtbar. In der Dritten Republik kann Jörg Haider keine dissidenten Meinungen, keine kritischen Organisation, keine freien Kulturgruppen und keine „Minderheiten" gebrauchen...

Bereits zwei Tage nach der Durchsuchung des Ernst Kirchweger Hauses meinte Jörg Haider in einer Pressekonferenz zu wissen, wo die Behörden den vermuteten „Dritten Mann" im Falle Ebergassing zu suchen hätten: beim TATblatt. In jedem Fall, so Haider, werde „mit zweierlei Maß gemessen". Nach den Morden von Oberwart wäre das „rechte Blättchen" Aula durchsucht worden, das TATblatt aber werde nun verschont. Das allein beweise schon die Einäugigkeit des Innenministers.

Haider hoffte wohl, mit der Gleichsetzung von TATblatt und Aula medial gepunktet zu haben. Die Gleichsetzung der Morde von Oberwart und des Anschlags von Ebergassing jedenfalls war - gerade in juristischer Hinsicht - unzulässig.

Im Falle „Aula" hatte sich die Polizei für Adressenkartei sowie die AutorInnen interessiert, weil das DÖW nach einer Analyse des Bekennerschreibens und einiger Aula-Artikel deutliche Paralellen entdeckt hatte. Die Beschlagnahme der Adressenkartei sollte zum Verfasser des Aula-Artikels führen, der möglicherweise mit dem Verfasser der Erklärungen der Mörder von Oberwart ident ist.

Diese Vorgangsweise widersprach an sich dem Mediengesetz, dessen 31 Abs.1 MitarbeiterInnen von Medienunternehmen das Recht gibt, die Beantwortung von Fragen nach AutorInnen und InformantInnen zu verweigern. Dieses Recht darf nicht durch Beschlagnahme von Schriftstücken etc. umgangen werden (31 Abs.2 MedienG).

Im Falle Aula behalf sich das Gericht mit Absatz 3 besagten Paragraphen, der eine Überwachung der Fernmeldeanlagen eines Medienunternehmens nur im Fall von Ermittlungen zuläßt, die zur Aufklärung eines Verbrechens mit Strafdrohung von mindestens 5 Jahren Haft notwendig sind.

Womit wir beim Punkt wären: Ganz abgesehen davon, daß es im Falle Ebergassing nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür gibt, daß MitarbeiterInnen eines Mediums damit etwas zu tun hätten, diente die Beschlagnahme der AULA-Adressen der Aufklärung vierfachen Mordes und vielfachen Mordversuchs. Sollte es den vielzitierten „Dritten Mann" von Ebergassing überhaupt geben, so könnte ihm gerade einmal schwere Sachbeschädigung (126), eventuell noch Bandenbildung (278 StGB) vorgeworfen. Und dafür müßte der oder die sogenannte dritte Person maximal für 5 Jahre hinter Gitter.

Haiders Wunsch, die Polizei möge das TATblatt heimsuchen, hatte also (was eh klar ist) rein politischen Hintergrund. Juristisch ist er Nonsens...

Redaktionen der Dritten Rep...

...was der gelernte Jurist Haider sicherlich auch weiß. Doch es wirft ein Licht auf jene Maßnahmen, mit denen Haider „dafür sorgen (will), daß nicht mehr so viel gelogen wird in den Redaktionen", wenn er erst einmal an der Macht ist. Vergangene Woche zogen F-PolitikerInnen gleich auch noch gegen weitere Zeitungen zu Felde: gegen die „Antifaschistischen Nachrichten", gegen das Salzburger „Kasblattl" und selbstverständlich gegen die Zeitschrift der oberösterreichischen Kulturplattform (KUPF).

Allesamt publizieren sie Nachrichten, die dem Mainstream nach F-Wunsch entgegenarbeiten: gestrichene Förderungen, höhere Portokosten, ruinöse Zivilprozesse als Maulkorb und schließlich ordentliche Polizeiaktionen werden diese Form der Nestbeschmutzerei schon ein Ende bereiten, wenn er erst so richtig loslegen kann.

Die laut und deutlich vorgetragene Forderung nach Abschaffung der Publizistikförderung fiel inzwischen auf fruchtbaren Boden: Gerade den internationalen Tag der Pressefreiheit hat sich Bundeskanzler Vranitzky ausgesucht, um - die Empörungswellen über 30.000 öschis Publizistikförderung für das TATblatt wogten hoch, die Stigmatisierung der 24 Seiten Papier als terroristisch war gerade en vogue - eine Verschärfung der Förderungsbedingungen für kleine Medien anzukündigen.

Die Munition im Feldzug gegen die Dissidenz stammt ursprünglich von der ÖVP. Gleich 42 Initiativen und Vereine nahm der heutige Landwirtschaftsminister Molterer vergangenen Sommer wahlkämpfenderweise in eine schwarze Liste auf, die er per parlamentarischer Anfrage dem Sozialminister vorhielt. Dieser sollte erklären, warum solch „dubiose Vereinigungen" - Worte wie Antimilitaristisch, Frauen, Alternativ oder AusländerIn im Namen waren ausschlaggebend für die Aufnahme in die Liste - Mittel aus der sogenannten Aktion 8000 erhielten.

Der innerkoalitionäre Fußtritt wirkte: Frauen- und Lesbengruppen sind seitdem von Mitteln der Arbeitsmarktverwaltung ausgeschlossen. Förderungen aus anderen Ministerien mit Ausnahme des Frauenministeriums sind ohnehin zu vergessen.

Nach dem Anschlag von Ebergassing brauchte die ÖVP nicht einmal eine Woche, um mit einer neuerlichen Anfrage ins Parlament zu kommen. In dieser wird zB der „Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit" vorgeworfen, die „maßgeblichste Organisation" zu sein, die „gegen das Bundesheer bzw. gegen die Landesverteidigung in Erscheinung tritt". Als besonders verwerfliche Aktivität wird der ARGE Wehrdienstverweigerung vorgeworfen, den „Widerstand gegen den Ankauf von Abfangjägern" mitgetragen zu haben (womit sich eine gewisse Paralelle zur ÖVP Steiermark ergibt).

Der politische Säuberungswille der ÖVP geht weiter: Begründungslos wird gefordert, daß der „ökologischen Gesellschaft Friends of the Earth Wien" der Geldhahn zugedreht wird.

Nach dem Ausschluß der Frauen- und Lesbeninitiativen von den staatlichen Förder-Töpfen zielen die Kampagnen der F und die Zuarbeit der ÖVP auf das Abdrehen weiterer politischer und kultureller Bereiche durch „Hahnzu-policy":

Die Freiheit, die...

➔ Subventionen: Der Vorwurf der F, öffentliche Körperschaften würden den „Terror" subventionieren, richtet sich zwar vordergründig gegen die Regierung, in der Praxis aber gegen die Arbeit relativ kleiner Initiativen. Im Rahmen des „Kulturkampfs", den F-Abgeordnete in Oberösterreich führen, wird die Streichung aller Subventionen für Kulturinitiativen gefordert, deren Arbeit nicht den nationalchauvinistischen Vorstellungen der F entspricht.

➔ Räumlichkeiten: In einer von der Freiheitlichen Studenten Initiative (FSI) umgearbeiteten Version des F-ischen Netzwerkkonstrukts ist die „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt" (TATblatt-Herausgeberin) mit der „Stadt Wien" über einen Strich und dem Schlagwort „Vermieter" verbunden. Ganz abgesehen davon, daß wir der Stadt Wien noch nie etwas vermietet oder von ihr gemietet haben, ist die Botschaft: Keine öffentlichen Räume für kritische Gruppen. Die FSI-Zeitschrift „Der Ring" zieht dann auch gleich einen Bogen von Universitätsräumlichkeiten zur LesBiSchwulen Woche. Fortschrittlichen Gruppen sollen die Treffpunkte genommen werden.

➔ Entpolitisierung der Jugendarbeit: Vor allem in kleineren Städten fordert die F vehement die Schließung von Jugendzentren, in denen politische Veranstaltungen durchgeführt werden (welche Ausbildung zur Schaffung „braver deutscher Jungs" vonnöten ist, wurde ja durch den Schimanek Prozeß deutlich belegt).

➔ Kriminalisierung der Jugend- und Subkultur: Offen fordert die F - zur Zeit etwa in Linz - polizeiliche Maßnahmen gegen SkaterInnen- und SprayerInnengruppen. Die daraus resultierende Ausgrenzung ganzer Gruppen von Jugendlichen kommt ihr dabei wohl nicht ganz ungelegen. In den genannten Gruppen ist der Anteil von Jugendlichen mit anderer als österreichischer StaatsbürgerInnenschaft besonders groß; und Kriminalisierung immerhin Vorstufe zur Abschiebung etc.

Die Politik der Ausgrenzung endet aber nicht bei der Kriminalisierung durch Behörden: Gerade in Linz ist die Zahl der Mitglieder rechtsextremistischer Gruppen besonders hoch; dementsprechend auch Zahl und Intensität der Angriffe auf die propagandistisch geschaffenen „Randgruppen".

★

Wozu

Information, Motivation, Diskussion. Mit diesen drei Schlagworten läßt sich zusammenfassen, warum wir TATblatt machen. Wir wollen Informationen verbreiten, die in bürgerlichen Massenmedien nicht oder nur verzerrt vorkommen. Wir wollen zeigen, daß Widerstand gegen menschenverachtende Strukturen, gegen Rassismus, Patriarchat, Umweltzerstörung und einfach jede Form von Unterdrückung, Diskriminierung und Ausbeutung möglich, sinnvoll und notwendig ist. Und wir wollen Raum bieten, um Strategien zu diskutieren, Zweifel zu äußern und Ideen vorschlagen zu können. Denn für eine menschenfreundliche Politik lohnt der Kampf (frei nach C. Einem, unlängst im ORF).

Bürgerliche Massenmedien spielen bei der Erzeugung und Verfestigung rassistischer, sexistischer und anderer Ausbeutungsverhältnisse bejahende Haltungen eine überaus wichtige Rolle. Sie haben einen ganz enormen Einfluß auf die in der Gesellschaft vorherrschenden Diskurse. Mit dem TATblatt wollen wir, vermittelt über unsere LeserInnen, in diese herrschenden Diskurse intervenieren. Bürgerliche JournalistInnen sehen sich sebst so gerne als die vierte Gewalt im Staate an. Gegen diese ihre Gewalttätigkeit, die Mitverantwortung trägt für Vergewaltigungen, Briefbomben, Rohrbomben und rassistische Übergriffe aller Art, wollen wir anschreiben.

Information

Bestimmte Informationen kommen in bürgerlichen Massenmedien einfach nicht vor. Sie werden unterdrückt oder auch nur vernachlässigt, weil selbst kritische JournalistInnen ihre Bedeutung verkennen. Viele Nach-



TATblatt?



richten hingegen, die den Weg in die Massenmedien finden, werden aus dem Zusammenhang gerissen und verzerrt, und verlieren so ihren Informationswert. Mit dem TATblatt wollen wir derart unterbliebene Informationen öffentlich machen. Im TATblatt berichten wir über die Praktiken skrupelloser HausbesitzerInnen, über die natur- und menschenvernichtenden Machenschaften der österreichischen Industrie auf anderen Kontinenten, von den Auswirkungen des Belastungspaketes auf die sozial Schwächsten, und vieles mehr. Wir berichten über hetzerische Kampagnen diverser PolitikerInnen, rassistische Gesetzgebung und listen als einzige österreichische Zeitung in jeder Ausgabe alle uns bekannt gewordenen rassistischen Übergriffe und Anschläge auf. Auch wenn diese für bürgerliche Massenmedien längst Alltag geworden sind und damit ihren News-Wert verloren haben, dürfen sie, unserer Meinung nach, niemals zur unbeachteten Normalität werden. Selbst wenn mit immer neuen Mitteln versucht wird, davon abzulenken.

Derartige Informationen müssen verbreitet, deren Hintergründe beleuchtet werden. Das ist die Voraussetzung, um Vorgänge im ganzen Ausmaß erfassen, analysieren, verstehen und kritisieren zu können, und in weiterer Folge, um über Gegenstrategien nachdenken zu können.

Wir wollen aber auch über alle Versuche, gegen jegliche Form von Unterdrückung und Ausbeutung Widerstand zu leisten, berichten. Dabei wollen wir nach Möglichkeit auch jene, die diesen Widerstand leisten, selbst zu Wort kommen lassen. Egal ob es sich um Befreiungsbewegungen in fernen Ländern, revolutionäre Zellen in unserer nächsten Nähe oder BürgerInneninitiativen im Steyrtal handelt. Nur sie selbst können uns von den Gründen ihres Tuns berichten. Nur sie selbst können uns ihre Situation schildern. Erst wenn wir ihre Erklärungen lesen, können wir uns eine Meinung bilden und Schlüsse ziehen. Deshalb veröffentlichen wir Resolutionen der EZLN, BekennerInnenschreiben der RAF, Erklärungen von Frauen, die an neuralgischen Punkten Transparente aufhängen, Aufrufe zu Baustellenbesetzungen und Unterschriftenlisten von Global 2000. Das bedeutet noch lange nicht, daß wir das alles gut finden. Es schließt dies aber sicherlich auch nicht aus.

Motivation

Es ist uns ganz besonders wichtig, nicht nur zu zeigen, wie böse doch die Welt, wie menschenverachtend der Kapitalismus, wie gewalttätig der Staat ist, wie brav und unschuldig wir selbst sind. Wir wollen zeigen, daß Widerstand möglich ist, daß es dazu aber nicht unbedingt Bomben bedarf, daß jede und jeder aktiv werden kann. Dazu bedarf es auch gar nicht großartiger technischer Fähigkeiten, wahnsinnigen Muts, schon gar nicht heroischer Selbstlosigkeit oder was sonst noch an einschlägigen Klischees einfällt. Wichtiger ist Wille, Zeit, um alles genau zu überdenken, eine gute Portion realistischer Selbsteinschätzung und - vor allem - Phantasie. Egal ob Plakate geklebt, Baustellen besetzt, Masten gefällt, Faschotreffen verhindert, Abschiebungen gestoppt oder Gefängnisbaustellen dem Erdboden gleich gemacht werden sollen. Das falsche Mittel, die falsche Waffe zur falschen Zeit am falschen Ort kann ganz gehörig nach hinten los gehen. Die richtige Idee, ideal umgesetzt, kann hingegen Wunder wirken. Stellt sich leider nur mehr die Frage, was richtig und falsch ist. Diese zu beantworten, bedarf angestrengten Nachdenkens und breiten Raums für Diskussionen.



TATblattlerInnen und Caspar E. (2.v.l.) auf dem Weg zu einer ganz, ganz leiwanden Aktion (Wien, 1992)

Diskussion

Und genau diesen wollen wir im TATblatt bieten. Strategien können nicht isoliert zu Hause am Schreibtisch entworfen werden. Sie können nur Ergebnis eines kontroversiell geführten Diskurses sein. Nur so können Einschätzungen ausgetauscht, Erfahrungen vermittelt, Kritik geübt, Vorschläge gemacht, gemeinsam was entwickelt werden. Vieles, was so an Aktionen läuft, erntet Kritik von anderen. Diese gilt es öffentlich zu machen. Fehler werden laufend begangen. Nach so mancher Demonstration sind sich die Beteiligten verbal ganz gehörig in die Haare geraten. Aus Fehlern aber müssen wir lernen, und das kann nur geschehen, wenn der Raum dafür da ist, Stellung zu beziehen, andere Ansichten zu lesen, aufeinander Bezug zu nehmen, einen Diskurs zu führen. Auch wenn wir nicht allzuselten schon den Vorwurf bekommen haben, diesen Anspruch nicht wirklich zu erfüllen, an und für sich sehen wir es so. Nur ist der Platz in der Zeitung auch nicht unbegrenzt, und die Vorstellung, daß es so etwas wie objektive Selektion von Beiträgen geben könnte, eine Illusion. Zum Glück gibt es aber auch noch andere Zeitungen. Und zum Glück können sich auch Zeitungen untereinander befetzen.

Das alles, und noch viel mehr, ist es, was das TATblatt ausmacht, auch wenn wir gelegentlich hinter unseren Ansprüchen zurückbleiben. Wir sind alles andere als unfehlbar. Und noch viel weniger haben wir die Weisheit für uns gepachtet. Immer wieder verirren sich Artikel in die Zeitung, bei denen wir uns bei der redaktionellen Nachbesprechung fragen, wie „ein solcher Schaas" in das Blatt kommen konnte. Und immer gibt es noch unendlich viele Dinge, die fehlen, über die noch berichtet werden müßte. Anregungen, Kritik und Widerspruch sind aber jederzeit möglich und willkommen. Wir erachten es als eine Notwendigkeit, daß es eine Zeitung wie das TATblatt gibt, und daß sie legal erscheinen kann. Verdeckte Produktion würde die Diskussionsführung gefährden, unzählige Menschen außerhalb der „Szenen" ausschließen, uns isolieren. Es ist mehr als verständlich, daß Rechte das TATblatt verbieten wollen. Die Möglichkeiten legalen Erscheinens für Zeitungen wie dem TATblatt, sind ein Indikator dafür, wie sehr die Rechten bereits im Vormarsch sind.

Maul aufreißen! Zubeißen! TATblatt!



Betrifft: TATblatt

Liebe LeserInnen!

In den letzten Tagen wurdet ihr wohl „bestens" bedient mit Informationen über das ach so gefährliche TATblatt. Mit der aktuellen Nummer stellen wir hoffentlich einiges wieder klar und beseitigen etwaige Unsicherheiten eurerseits.

Die Hetze uns gegenüber hat uns zu einem österreichweit bekannten Medium gemacht. Die Befürchtungen der etablierten Politik werden wir auch fürderhin nicht enttäuschen. Wir machen weiter - keine Frage!

Ihr habt auch sicher festgestellt, wie verzerrt der tatsächliche Inhalt unserer Zeitung dargestellt wurde. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, dieses TATblatt auch an alle ehemaligen LeserInnen zu versenden. Diese laden wir dazu ein, wieder „ein Stück des Weges mit uns zu gehen" - sprich wir bieten euch erneut die Möglichkeit, ein Probeabo zu beziehen (wenn ihr nicht im letzten Jahr eines bekommen habt), oder direkt ein Abo zu bestellen (ist uns aus ökonomischen Gründen natürlich lieber).

Hier war mal eine Postkarte (siehe Text)

Mit der beigelegten Postkarte verfolgen wir folgendes staatsgefährdendes Ziel: Wir wollen unser Umfeld derart vergrößern, daß Jörg Haider nur mehr der Rückzug ins Privatleben als sinnvolle Alternative bleibt.

Jetzt aber mal ernst: Wir bitten euch, eure FreundInnen dazu zu bewegen, daß sie das TATblatt bestellen, oder ihr sie mit einer derartigen Bestellung überrascht (die freuen sich sicher, nach dieser öffentlichen „campaign").

Falls Postkarte, oder Erlagschein in eurer Zeitung fehlen, könnt ihr auch direkt auf das Konto unserer Vertriebsfirma einzahlen: Empfänger: Verein Infrastruktur, Konto: P.S.K. 92 037 311 (die genauen Abopreise erfahrt ihr auf der letzten Seite, oder direkt bei Caspar E.). Postkarten werden nur frankiert entgegengenommen!

Auch Spenden sind derzeit herzlichst willkommen.

Mehr denn je ist es uns gerade jetzt wichtig, unterdrückte Nachrichten zu verbreiten, laßt euch diese Chance nicht entgehen - seid dabei im Spiel der Hetze und Verleumdungen, bloß diesmal auf der richtigen Seite.

Nächstes Angebot: Für all jene die es nicht lassen wollen, diesen Staat in seinen Grundfesten zu erschüttern gibt es nur eines: Helft mit bei der Produktion und Verbreitung des TATblatts. Zu diesem Zweck laden euch zu einem Treffen ein:

Bei diesem Treffen soll es um konkrete Arbeit für das TATblatt gehen. Es werden Menschen gesucht, die uns bei unserer tagtäglichen Arbeit helfen wollen, die für uns inhaltlich arbeiten wollen, Menschen, die massigst TATblätter verkaufen (das läuft zur Zeit grandios), Postkarten verteilen, ihre Ideen einbringen, etc.....

Zeitpunkt: 16.5., 19 Uhr
Ort: Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien

All jene, die an diesem Tag keine Zeit haben, können uns auch während unseres Journaldienstes besuchen, der jeden Mittwoch von 15-18 Uhr in Wien 6., Gumpendorferstr. 157/11 stattfindet.

Letztes Angebot: Falls ihr euch im Laufe des Mai noch nicht einbringen könnt, spätestens am Freitag, den 9.6. müßt ihr alle dabei sein. Da wird nämlich ordentlich gefeiert. Das TATblatt-Fest, mit Tanz, Musik, Speis und Getränk. Auf der Bühne solidarisieren sich Those Who Survived The Plague (Wien), Strawman (San Francisco), Trümmer sind die Steine der Hoffnung (Linz) mit dem TATblatt. Wo das ganze stattfindet? Natürlich im Ernst Kirchweger Haus in Wien 10.

Da wollen wir euch aber wirklich alle sehen.

Liebe + Kraft
das TATblatt-Kollektiv

Was uns freut...

Seit wir in den Medien präsent sind, haben zahlreiche Menschen mit uns Kontakt aufgenommen, die uns ermunterten unbedingt weiter zu machen. Menschen riefen uns an, um Abos zu bestellen oder, um ihren Unmut über die Hetze gegen uns zu äußern. Flugblätter tauchten und tauchen auf, in denen sich Gruppen mit uns solidarisieren, Aufrufe zur Solidarität mit uns, werden von außerhalb der Redaktion organisiert. Wir werden zu Treffen eingeladen, auf denen über Solidarität mit uns gesprochen wird. Leute halfen uns bei der Produktion dieser Nummer.

Dafür an dieser Stelle ganz, ganz vielen Dank an alle bisher Beteiligten!

Worüber wir uns (maßlos!) geärgert haben

Bis heute hält sich bei vielen das Gerücht, daß wir Einem's Zahlschein „geoutet" haben (Details siehe ausführlichen Artikel in dieser Ausgabe). Sie alle haben sich nie darum bemüht, eine Auskunft von unserer Seite zu erhalten, sie haben die Medienlüge gedankenlos übernommen.

Teile der Szene wiederum betrachten die Hetze gegen uns als tolles Medienspektakel, das sicher nur zur Erhöhung unserer Auflage dienen sollte - hier fehlt scheinbar jegliches politisches Bewußtsein.

★



Erklärung der Bewegung Rotes Wien zu Ebergassing

Die Republik Österreich versteht sich als demokratischer Staat, in dem die Meinungsfreiheit und Gewaltenteilung verbrieftes Recht darstellen.

Als linke, sozialistische Wahlbewegung halten wir fest:

1. Der Führer der F und „geistiger Ziehvater" des Rechtsextremismus entfachte eine im Anschluß an den durch nichts zu rechtfertigenden Anschlag von Ebergassing Hetzkampagne gegen das TATblatt und Bundesminister Dr. Caspar Einem.

2. Wir fordern die Einstellung dieser Hetzjagd gegen die Meinungsfreiheit. Das TATblatt bewegt sich einwandfrei auf verfassungsrechtlichem Boden. Anders als rechtsextreme Publikationen, wie Aula, der 13., Top, Halt, Fakten etc. attackiert das TATblatt nicht Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer Hautfarbe, sexueller Orientierung, Staatsbürgerschaft, Abstammung, ihres religiösen Bekenntnisses oder sozialen Lage.

3. In einer überwiegend unkritischen Medienlandschaft verbleiben für linke und sozialistische Erklärungsmodelle der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Österreich nur äußerst minimale Möglichkeiten der Artikulation in der Öffentlichkeit. Besagte Hetzkampagne gegen das TATblatt soll nicht nur eine ohnehin sporadisch erscheinende Publikation treffen, sondern linken Erklärungsmodellen den Boden entziehen.

4. Wir sind empört über die Gleichsetzung rechtsextremen Terrors und des Faschismus, der unzählige Menschenopfer gefordert hat und der unbewiesenen Behauptung, daß das TATblatt für den Anschlag in Ebergassing verantwortlich sei. In diesem Zusammenhang halten wir die Spenden von Minister Einem an das TATblatt als eine Handlung aus „noble causes, die keineswegs als Förderung des Linksextremismus beurteilt werden kann.

5. Wir betrachten das Vorgehen der christlichen und freiheitlichen Gewerkschaftsfraktion der Wiener Polizei und die Aufforderung von Dohr nach Rücktritt Einems als Aufruf zum „stillen Staatsstreich" und einer Hintertreibung der Gewaltentrennung und der demokratischen Ordnung Österreichs. Das Verhalten vieler Medien zu diesem Ansinnen ist beschämend und bedenklich.

6. Wir betrachten die Vorgehensweise von Peter Pilz und Thomas Prader als aufklärungsbedürftig, wonach sie ein sog. Bauernopfer fordern und sich der Hetze gegen das TATblatt und jegliche linke Politik anschließen.

7. In diesem Zusammenhang fordern wir nachdrücklich die Umsetzung der Gesetze gegen Wiederbetätigung, und den Stop von Subventionen an rechtsextreme Publikationen.

8. Der Anschlag von Ebergassing wird von der Bewegung Rotes Wien entschieden abgelehnt und verurteilt. Wir treten gegen die Anwendung von Gewalt als politisches Mittel in einer Demokratie ein.

Wien, am 5.5.1995

LeserInnenbrief

Liebe Leute,

Ich muß gestehen - ich war neugierig auf die nächste TATblatt-Ausgabe nach Ebergassing, und ich kann Euch sagen, daß Ihr mit dem Thema in einer für mich zufriedenstellenden Weise umgegangen seid. Dennoch hoffe ich und warte ich darauf, daß die Zeit der politischen Analyse folgen wird.

Könntet Ihr in der nächsten Nummer darüber berichten, wie die Medien auf Einems Spende ans TATblatt gekommen sind? Ich hätte gerne Aufklärung darüber.

Viel Widerstandskraft wünscht Euch: W.

LeserInnenbrief

Na sehr gut habt Ihr das gemacht: Zugleich mit dem Aufruf, daß „ALLE ihr MAUL HALTEN" sollen, rennt Ihr mit den Namen Eurer UnterstützerInnen vor den Alarmingern herum. Und danach sitzt Ihr hinter Euren Masken und habt von allem nichts gewußt, nicht einmal den ersten Innenminister hierzuland kennen wollen, der je zu einem vernünftigen Gedanken fähig war. Super!

Nein, ich bin nicht verbittert. Einzelne Wappler in der „autonomen" Szene können mich wirklich nicht und mit nichts überraschen. Sollen sie meinetwegen weiter ihre revolutionären Sprüche verteilen: erfahrungsgemäß trauen sie sich nicht einmal beim nächsten Koat anrufen, wenn ihrE FreundIn dort festsitzt.

Wir, die Euch unterstützt haben, haben das nicht getan, weil wir uns sichergeglaubt haben, daß das nie wer erfährt, sondern weil uns das wurscht war. Ich für meinen Teil stehe zu Eurem Anliegen, ich unterstütze Euch weiter. Aber jetzt geht es doch wirklich nicht mehr ums Maulhalten, sondern ums Maulaufreißen. Ihr versteckt Euch wie die bürgerlichen Medien hinter technischen Beiträgen über -zig KV und dem Abdruck von Flugblättern, die eigentlich hauptsächlich Literaturhistoriker und Freiheitliche aufrütteln. Schreibt Ihr für die? Hier und jetzt passiert was, das uns alle angeht, die in Zukunft nicht mit Polizeistaat und Anti-AusländerInnen-Gesetzen leben wollen. Wie steht Ihr zu den Akteuren - und jetzt seid auch Ihr Akteure - in dieser Inszenierung? Wie steht Ihr zu uns, Euren UnterstützerInnen?



Anmerkung des TATblattes: Persönlich wurden diese Punkte bereits mit der/dem SchreiberIn besprochen und beigelegt. Wir drucken den Brief deshalb ab, weil er typisch ist für viele „Rückmeldungen", die wir in letzter Zeit erhielten. Allerdings kamen solche Rückmeldungen fast immer „hintenrum", ohne daß wir direkt gefragt worden wären. Damit es endlich ein für alle mal klar ist: Wir haben die Belege nie weitergegeben und schon gar nicht mit ihnen herumgewachelt, unsere Buchhaltung nie aus der Hand gegeben, hatten keine Hausdurchsuchung usw. (siehe Artikel „Die ominösen Bankbelege", Seite 2).

Aus einer GPA-Presseaussendung vom 4. 5. '95

... Überdies teilte die GPA mit, daß, unabhängig wie man zu den Zielen und Methoden eines Vereins wie das Tatblatt stehe, ein wichtiger Bestandteil jeder demokratischen Gesellschaft sei, alle nicht verbotenen Vereine und Initiativen kontaktieren, unterstützen und fördern zu können.

„Es wäre falsch und gefährlich, nun aufgrund des Terroraktes einer kleinen Gruppe oder von Einzelpersonen, pauschal alle Personen, die sich in der sogenannten autonomen Szene bewegen, als Kriminelle und Terroristen zu bezeichnen. Wenn man diesen Menschen überhaupt keine Chance mehr einräumt, dann erst besteht die Gefahr, daß sie in die Kriminalität abgleitet." Mit diesen abschließenden Worten bot die GPA in der Aussendung Innenminister Einem ihre volle Unterstützung an.

GPA
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN

Wien, den 2. Mai 1995

betr. Hetze und Häme gegen eine Publikation in Österreich

Für die Akzeptanz der Zeitschrift „TATblatt"

Die Republik Österreich ist unseres Wissens ein demokratisches Staatswesen. Wesentliches Merkmal eines demokratischen Staatswesens ist die Meinungsfreiheit und somit die Meinungsvielfalt. Seit einigen Tagen entfesselt der Führer der sogenannten „freiheitlichen" Bewegung und geistige Ziehvater des Rechtsextremismus eine Hetzjagd gegen eine Publikation und gegen einen Bundesminister, weil beide seinen Zielen kritisch gegenüberstehen. Diese Hetze ist mit sofortiger Wirkung zu beenden, und wir begründen diese Forderung wie folgt:

➔ Anders als Publikationen des rechtsextremen Spektrums wie Aula, Der 13., Top, Halt, Fakten — attackiert TATblatt eben nicht Bevölkerungsgruppen wegen Hautfarbe, sexueller Orientierung, Staatsbürgerschaft, Abstammung, religiösen Bekenntnisses oder sozialer Lage. Die genannten rechtsextremen Publikationen tragen — gemeinsam mit vielen VertreterInnen der „freiheitlichen" Bewegung. Verantwortung dafür, daß sich in Österreich Haß gegen Menschen artikuliert, nur deshalb weil diese Menschen sind, wie sie sind, daß in der Folge diese verfolgten Menschen physisch attackiert werden, fallweise durch Bomben sogar verletzt oder getötet werden.

➔ TATblatt kritisiert Haltungen und Handlungen bestimmter Personen oder Gruppen, die als unmenschlich und ungerecht einzustufen sind. TATblatt bezieht Stellung für die Schwächsten der Schwachen, namentlich für Obdach- und Arbeitslose, Roma und Sinti, ethnische Minoritäten, Trans-, Bi- und Homosexuelle, Juden und Jüdinnen, Asylwerbende, sogenannte Ausländer und Ausländerinnen, von Staats wegen kriminalisierte Drogenkonsumenten und vor allem für jene Frauen, die Opfer des immer schärfer werdenden Verteilungskampfes werden bzw. geworden sind. Im angloamerikanischen Bereich wird solches Engagement als „noble cause" eingestuft.

➔ Wer alle 14 Tage eine Zeitschrift recherchiert, schreibt, layoutet, druckt, verschickt und verteilt, hat weder Zeit, noch Energie zum Bombenbasteln und Aushecken von Anschlägen. Das TATblatt ist ein nützliches Ventil für die Wut und den Zorn gesellschaftlich benachteiligter Gruppen. Es übersetzt Energie in Argument und leistet einen wichtigen Beitrag zur Diskussionskultur in Österreich.

Wir ersuchen die Verantwortlichen in den österreichischen Medien, der Hetzjagd gegen das TATblatt nicht länger Platz einzuräumen.

Christian Michelides, Gerhard Oberschlick

Möglichst viele Unterstützungsunterschriften bitte rasch an: Christian Michelides, 1093 Wien, Postfach 53 — Tel. und Fax (0222) 319 80 333

Solidarität mit dem Tatblatt, EKH und „Co" gegen die Hetze von Rechts!

Daß die Anschläge von Ebergassing eine politische und menschliche Katastrophe darstellen, steht außer Zweifel. Schärfstens muß aber von der gesamten Linken dem Versuch von Haider, Medien etc. entgegengetreten werden, mit dem Verweis auf Ebergassing Naziterror zu verharmlosen und zu entschuldigen. Wir wehren uns nach wie vor gegen die verschiedenen Formen von rechtem Terror in unserer Gesellschaft — Briefbomben, Aufenthaltsgesetze, rassistische Hetze, Sozialschmarotzerdebatten... — die man jetzt versucht zu überdecken. Weiters stellen wir uns klar gegen die pauschale Verurteilung einer ganzen „autonomen" Szene als irre Gewalttäter. Wir verschweigen nicht unsere tiefgreifenden Differenzen. Doch diejetzigen Angriffe auf TATblatt, EKH und „Co" stellen einen Angriff von Rechts auf die gesamte Linke dar, deren Bestandteil zweifellos auch „die Autonomen" sind. In diesem Sinne: Volle Solidarität mit Euch gegen die heuchlerischen Angriffe von Rechts.

J.
für die Redaktion Vorwärts

PS: Persönliche Anmerkungen zur Sendung „der Report":

Der Grund warum ich dem Gespräch im ORF überhaupt zustimmte, war, weil ich darin eine Möglichkeit sah, der allgemeinen Darstellung der „Linken" als wahnsinnige Bombenschmeißer etwas entgegnen zu können. In meinen Aussagen während des einstündigen (!) Interviews beschränkte ich mich zu 99% auf die Beschreibung unserer Arbeit, die politische Auswirkung der Bombenanschläge etc... Das war ein Fehler und unprofessionell - ich hätte es zu 100% tun sollen. Mehrmals betonte ich dem Reporter gegenüber (der dieses zusicherte) nicht gegen „die Autonomen" auftreten zu wollen, weil ich das sicherlich nicht als meine politische Hauptstoßrichtung betrachte. Es war ein Fehler den - völlig anders gemeinten und aus dem Zusammenhang gerissenen - Satz (Fremdkörper) mit dieser Wortwahl und zu diesem Zeitpunkt so zu sagen. Ich habe es immer abgelehnt, über öffentliche Medien (wie z.B Vorwärts oder auch TATblatt) Debatten über derartige Fragen, in dieser Form abzuhalten. Wenn jetzt ein anderer Eindruck entstanden ist tut es mir leid und ich möchte mich dafür entschuldigen.

J.

DIE JAGDSAISON BEGINNT

Die Grünen geben das TATblatt zum Abschuß frei

Rund um die Diskussionen über Ebergassing, Einem und das TATblatt, haben maßgebliche politische Gremien der GRÜNEN weitreichende Beschlüsse gefaßt. Der Weg zur Macht soll abgesichert werden und dabei wird über Leichen gegangen.

Schon kurz nach Beginn der rechten Hetze gegen das TATblatt war uns innerhalb der Redaktion klar, daß auch die Grünen auf Distanz zu uns gehen werden, um eine Generalprobe für ihre Mitarbeit in einer künftigen Regierung aufzuführen.

Es kam Schlag auf Schlag. Zuallererst glaubten auch zahlreiche FunktionärInnen der Grünen, daß wir selbst für die Veröffentlichung des Einem-Zahlscheins verantwortlich wären. Sie verbreiteten das Gerücht in ihren Reihen und fanden es nicht der Mühe wert, bei uns nachzufragen.

Doch schon in den nächsten Tagen wurden die Distanzierungen offizieller. Mitte vorletzter Woche kam es zu einer Erklärung des Wiener Landesvorstands der Grünen, bezüglich politischen Terrors in Österreich.

Bei dieser Erkärung, ist der Punkt 3 für das TATblatt und andere linken Gruppen besonders interessant und tödlich. Hier heißt es:"Mit dem versuchten Anschlag von Ebergassing hat sich die Situation dramatisch geändert. Teile der autonomen Szene sind nicht bereit, sich eindeutig von politisch motivierter Gewalt zu distanzieren. Sie weigern sich, zur Aufklärung der Straftat beizutragen und rufen zum Schweigen auf. Damit ist es für uns nötig festzuhalten: Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit politischen Gruppierungen und Zeitschriften, die in unserer Demokratie nicht eindeutig auf dem Boden der Gewaltfreiheit stehen, ab. Wir erwarten von Mitgliedern der autonomen Szene nicht nur ein klares und glaubwürdiges Bekenntnis zur Gewaltfreiheit, sondern auch die Bereitschaft, zur Aufklärung des Anschlages von Ebergassing beizutragen."

Am 30.April kam es zu einer Sitzung des erweiterten Bundesvorstandes der Grünen, der mit einer 7-Punkte-Stellungnahme endete. Hier heißt es z.B. unter Punkt 2:"Die Grünen distanzieren sich entschieden von politischer Gewalttätigkeit und allen gewaltbereiten Gruppierungen. ...". Der Punkt 4 lautet wie folgt:"Nach dem Anschlag von Ebergassing hat sich das TATblatt nicht eindeutig von politisch motivierter Gewalt distanziert und keine Bereitschaft gezeigt, zur Aufklärung des Anschlags beizutragen. Es wird daher keine weitere Unterstützung für das TATblatt geben."

Schon am 28.4. machten sich Peter Pilz und Christoph Chorherr via APA lächerlich. Für Pilz hat sich „die Szene in den vergangenen Tagen und Wochen aber massiv verändert", Chorherr meint wiederum, „heute sieht das TATblatt einfach anders aus als noch vor wenigen Wochen".

Folgen der grünen Hetze

Am 29.4., demütigte Peter Pilz parteiintern die Grüne Jugend. In einer stundenlangen Diskussion verfolgte er nur einziges Ziel: die volle Unterstützung seiner politischen Distanzierungen. Die Grüne Jugend versuchte vergeblich abzuschwächen, zu verändern, oder sich vereinzelt mit dem TATblatt zu solidarisieren. Vergeblich, da Pilz die parteiinterne Machtfrage stellte; Unterstützung seiner Vorstellungen oder Parteiausschluß der aufmüpfigen Parteijugend. Die Grüne Jugend stand vor der Situation klein beizugeben, oderihre Infrastruktur, samt zukünftiger materieller Unterstützung durch die Mutterpartei zu verlieren. Die Jugend beugte sich letztendlich der politischen Gewalttätigkeit von Peter Pilz und segnete die vorgefaßten Beschlüsse der Parteigranden ab.

In den nächsten Tagen kam es zu mehreren Treffen von TATblatt-MitarbeiterInnen mit grüner Parteiprominenz. Zwei Lager zeichnen sich ab: Jene FunktionärInnen die um jeden Preis in die Regierung wollen, und jene vereinzelten Menschen, die derzeit noch das linke Feigenblatt der Partei abgeben.

Eines ist klar: Das TATblatt ist derzeit für die grüne Spitze gestorben und wird bereitwilligst zum Abschuß freigegeben. Damit hatten wir zu rechnen und es schockiert uns nicht sonderlich. Was aber sind die nächsten Konsequenzen?

Offene Fragen?

Welche Gruppierungen werden als nächste an den Rand gedrängt und zum Tabuthe-

Erklärung der grünalternativen Jugend Wien

Wir sehen Gewalt als kein politisches Konfliktlösungsmittel an. Gewalttätig im weiteren Sinne ist aber auch jene haßerfüllte H[redacted], die nicht nur von Jörg Haider und seinen verlängerten Armen in der Kronen Zeitung betrieben wird. Personen werden diffamiert und mit haltlosen Anschuldigungen konfrontiert (z.B. Haider sinngemäß: Das Sozialministerium fördere über die Aktion 8000 „drei Terroristen"). Haider versucht auf diese Weise Teile der fortschrittlichen Bewegung zu zerstören, um letztendlich all jene, die ihm politischen Widerstand entgegensetzen zu beseitigen. Nicht wenige lassen sich von diesem Klima anstecken oder verfallen teilweise nachvollziehbar in eine ängstliche Politik. Aber eines ist klar: Das TATblatt ist kein Organ des Terrors und daher nicht kriminell. Mensch mag zu manchen eurer Inhalte stehen, wie mensch will, der pauschalen Diffamierung muß aber entschieden entgegengetreten werden. Auch wenn von profil bis Kronen Zeitung versucht wird euch zu kriminalisieren, wird und kann es nicht gelingen, solange es in diesem Land zum Glück noch kein Straftatbestand ist, gegen Haider zu schreiben.

„Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Katholiken holten,
habe ich nicht protestiert;
ich war ja kein Katholik.
Als sie mich holten,
gab es keinen mehr,
der protestierten konnte."

(Martin Niemöller, KZ-Häftling, evangelischer Priester)

★

ma erklärt? Welche Zeitschrift wird Haider als nächstes auf den Tisch legen, zu denen die Grünen Kontakt haben? Wie lange werden die Grünen diese Salamitaktik noch mitspielen?

Ihre politischen Erklärungen nach Ebergassing haben ein Ziel: absolute Staatstreue und Paktfähigkeit zu beweisen.

Wo fängt für die Grünen die Gewalttätigkeit eigentlich an? Bei jedem Verstoß gegen das bürgerliche Gesetzbuch, bei jedem sog. Widerstand gegen die Staatsgewalt?

Und wo endet ihr Verständnis für Gewalttätigkeit? Bei jenen raren PolizistInnen, die sich als grüne Personalvertretung profilieren möchten? Geben diese PolizistInnen jetzt die Waffe aus der Hand, entziehen sie sich dem staatlichen Gewaltmonopol?

Wie sieht es in einer zukünftigen Regierungsmitarbeit aus - wird das Bundesheer entwaffnet, oder ist es nicht vielmehr so, daß für maßgebliche Teile der Grünen von diesem Staat keine Gewalt mehr ausgeht, da sie sonst bei Mitarbeit gegen ihre eigenen Beschlüsse verstoßen würden?

Wenn die Grünen jetzt fordern, bei den Ermittlungen bezüglich Ebergassing mitzuhelfen, dann verlangen sie eine klare Zusammenarbeit mit der Polizei. Mit jener Polizei, die tagtäglich AusländerInnen und andere Minderheiten terrorisiert, die rechtsextreme Tendenzen in Spezialeinheiten stillschweigend duldet, die schlafende Roma bei Hausdurchsuchungen aus dem Bett zerrt und prügelt, der selbst von amnesty international mehrmals bestätigt wurde, für Gewalttaten verantwortlich zu sein. So sieht also das grüne Bekenntnis zur Gewaltfreiheit aus — wir lehnen es ab.

Zu Peter Pilz sei noch kurz angemerkt, da er jetzt scheinbar der oberste Hüter des Gesetzbuches geworden ist, daß er sich doch seinen eigenen politischen Werdegang genau ansehen soll. War er immer der oberste Gewaltfreie, als der er sich jetzt gibt? Wie sehen das seine ehemaligen trotzkistischen MitstreiterInnen, was bedeutet sein vehementes Eintreten für ein militärisches Eingreifen in Bosnien? Bei der derzeitigen Beschlußlage innerhalb der Grünen ist nur zu hoffen, daß Haider kein Täfelchen gegen ihn ins Feld führt, und daß keine Fotos auftauchen, die Peter Pilz zusammen mit Gregor Thaler zeigen.

SYMPATHIEN...

Wiens Bürgermeister Häupl im O-Ton

SP: Links ausgrenzen, rechts fördern

über das TATblatt

„An Tritt, aber net an Schilling" (Presse 29.4.)

über die „Neue Freie Zeitung"

Zuvor hatte Häupl in anderem Zusammenhang den von den Grünen geäußerten Vorwurf der Parteienfinanzierung zugunsten der Freiheitlichen zurückgewiesen. Der Anlaß dazu: Die Stadt hatte in der F-nahen Neuen Freien Zeitung ein ganzseitiges Inserat über Schuldnerberatung seitens des Magistrats geschaltet. Dem Bürgermeister zufolge sei die Schaltung „flächendeckend" in allen Zeitungen erfolgt. Er könne darin „keinerlei politische Verfehlung" sehen. (APA 28.4.)

über die F

„Die Herren Kabas und Pawkowicz sind ja keine bocksbeinigen Faschisten, sondern persönlich ganz kultivierte Menschen. Nur sind sie leider ferngesteuert. Die dürfen in Wien nicht konstruktiv arbeiten." (Wiener Blatt 5/95)

Kommentar des TATblattes: Wir sind natürlich nicht unter den flächendeckend beschenkten Inseratempfängern von Häupl. wie dem auch sei, die NFZ ist jedenfalls nicht „F-nahe", sondern das Zentralorgan der mittlerweile nicht mehr existierenden FPÖ, aber solch feine Unterschiede setzen wohl politisches Bewußtsein voraus.

Daß das keine einmalige Entgleisung der SPÖ ist, möchten wir durch einen kleinen Ausschnitt aus „Josef Haslinger: Die Politik der Gefühle" über die unmittelbare Nachkriegszeit dokumentieren:

„Der Gründer des VdU, Herbert Kraus, ein ehemaliger NS-Journalist, machte sich zu dieser Zeit im Salzburger US-Rundfunksender Rot-Weiß-Rot mit seinen Attacken auf das Nationalsozialistengesetz bei der Bevölkerung beliebt. Lange verfolgte auch er das Ziel, mit NS-Stimmen einen eigenen Wählerblock innerhalb der ÖVP zu bilden, da ihm die Alliierten bislang die Gründung einer eigenen Partei untersagt hatten. Doch da bekam er unerwartete Hilfe. Adolf Schärf (SPÖ) und der sozialistische Innenminister Oskar Helmer setzten sich massiv für die Gründung des VdU ein, nicht nur in der Bundesregierung, sondern auch durch Interventionen bei den Alliierten. Sie argumentierten mit traditionell liberalen Kräften in Österreich, die zur Zeit keine politische Vertretung hätten, wollten aber in Wirklichkeit durch eine Sammelpartei für Nazis die absolute Mehrheit der ÖVP brechen..."

Aus dem VdU wurde die FPÖ (und dann das F), aber die SPÖ ist die alte geblieben.

★

Erklärung von Dr. Thomas Prader, Rechtsanwalt, zu diversen Behauptungen von Wolfgang Purtscheller und Gerhard Oberschlick in Flugblättern, NEWS, etc.

„Fall Ebergassing"

Ich wurde am 26.4.1995 von Herrn Mag. Sika in Frankreich, wo ich mich mit meiner Familie in einem Privathaus auf Urlaub befand, angerufen und gefragt, ob ich bereit wäre, auf eine bestimmte Person, nach der im Zusammenhang mit dem versuchten Sprengstoffanschlag in Ebergassing gefahndet wird, einzuwirken, sich - allenfalls mit einem Anwalt - der Polizei zu einer Vernehmung zu stellen. Begründet wurde dieses Ersuchen damit, daß es aufgrund der aktuellen politischen Diskussionen rund um Ebergassing und Innenminister Dr. Einem von größter Wichtigkeit wäre, den Fall Ebergassing, die Motive und Zusammenhänge möglichst rasch aufzuklären, um den wilden Gerüchten, Spekulationen und Verdächtigungen ein Ende zu setzen. Die Kontaktaufnahme mit mir - und es war dies das erste Gespräch, das ich jemals mit dem mir persönlich nicht bekannten Mag. Sika geführt habe - erfolge in Absprache mit Dr. Einem und deshalb, da bekannt sei, daß ich aufgrund meiner langjährigen anwaltlichen Tätigkeit entsprechende Kontakte zur „Szene" hätte.

Ich habe meine Bereitschaft erklärt, einen solchen Versuch zu unternehmen, allerdings bereits in diesem ersten Gespräch darauf hingewiesen, daß ich mir nur schwer vorstellen könne, daß sich eine Person, die tatsächlich in den Fall Ebergassing verwickelt ist, der Polizei stellt und dies auch niemandem raten würde. Ich habe deshalb vorgeschlagen, allenfalls darauf hinzuwirken, daß sich diese Person bei mir meldet, der Sachverhalt in einer Niederschrift abgeklärt wird und diese den Sicherheitsbehörden zur Verfügung gestellt wird, ohne daß sich diese Person den Behörden gleichzeitig stellt.

Ich wollte von Mag. Sika auch den Namen desjenigen, nach dem die Polizei (NÖ Kriminalpolizei) fahndet. Dieser Name (Familien- und Spitzname) wurde mir von Mag. Sika in einem weiteren Telefonat wenige Minuten später bekanntgegeben, da er vorerst selbst diesen Namen nicht genau gekannt hatte.

Ich habe in der Folge mit zwei mir bekannten Personen, von denen ich wußte, daß sie entsprechende Kontakte zur „Szene" haben, telefonisch Kontakt aufgenommen und diese über den Sachverhalt informiert, nachdem mir beide vorerst ***absolute Vertraulichkeit***

Alle suchen einen „Dritten Mann" — auch das TATblatt ?

Vielen wird die Vorgeschichte bekannt sein; aus der letzten Ausgabe einer Wiener Illustrierten (NEWS), aus der neuen Ausgabe des FORVM oder aus einem Flugblatt: Höchste Polizeikreise baten mittels eines Wiener Anwalts (seine Erklärung findet sich in diesem TATblatt) mehrere Leute aus der „Szene", einen „Dritten Mann" zu kontaktieren. Den Tatsachen entspricht, daß auch wir kontaktiert wurden. Das wollen wir im folgenden näher ausführen.

Was über die Sache in den Medien geschrieben wurde, ist, wie das meiste in den letzten Tagen, pure Erfindung — oder eines der vielen Machtspielchen der letzten Tage...

einer vom TATblatt

Am Mittwoch den 26. April bekamen wir einen Anruf von Rechtsanwalt Thomas Prader. Er teilte uns mit, daß ihn der Generaldirektor der Öffentlichen Sicherheit, Michael Sika, angerufen hätte und um eine Kontaktaufnahme in die „Szene" ersucht hätte. Einer der gesuchten Täter von Ebergassing sei gefunden werden.

Rechtsanwalt Prader meinte, daß diese angebliche „Dritte Person" in kontaktieren solle. Eine Erklärung der Person zu den Hintergründen von Ebergassing wäre sinnvoll, um die derzeitige innenpolitische Situation zu entspannen.

Unsere Reaktion

An dieser Stelle auf unsere genaueren Überlegungen einzugehen, erscheint nicht ratsam. Jedenfalls entschlossen wir uns nach längerem Abwägen, der genannten Person nach Möglichkeit die Nachricht zukommen zu lassen, obwohl uns klar war, daß die ganze Sache eine große Falle sein könnte (Wir hätten zB bei einem eventuellen Zusammentreffen mit der genannten Person alle zusammen verhaftet werden können). Soweit (sehr kurz) zu unseren Überlegungen.

Jedenfalls kamen wir nicht mehr dazu, die uns zugedachte Rolle zu erfüllen. Bereits wenig später wrde klar, daß auch andere Leute „aus der Szene" im gleichen „Auftrag" (erinnert ein bisserl an die „Blues Brothers") unterwegs waren. Diese hatten auch schon rausgefunden, daß der Gesuchte völlig legal und unbehelligt in Wien lebt.

Wir riefen ein zweites Mal bei Rechtsanwalt Prader an. Der hatte inzwischen von den anderen beteiligten Personen erfahren, daß die genannte „Dritte Person" eine falsche war. Es kam zu einer kurzen Debatte der politischen Lage um Innenminister Einem. Rechtsanwalt Prader hob dabei die Notwendigkeit einer politischen Erklärung zu Ebergassing hervor und ersuchte uns, in der Szene zu verbreiten, daß allenfalls mit Ebergassing involvierte Personen mit ihm Kontakt aufnehmen sollen.

Zu dieser Zeit wurden uns im Rahmen der TATblatt-Pressearbeit durch JournalistInnen weitere Namen angeblicher „Dritter Männer" genannt. Und zu dieser Zeit wurden auch nähere Details der laufenden Repressionswelle bekannt (dazu an anderer Stelle mehr im TATblatt). Damit war klar geworden, daß wir auch in dieser Sache ein Spielball in einem viel größeren „Spielchen" waren; eines, das nicht unseres war...

Am Sonntag den 30. April (am Abend der TV-Diskussion „Zur Sache") sahen wir gemeinsam mit anderen in der Sache Involvierten die Notwendigkeit, dieses Spiel der Verunsicherung und Denunzierung offenzulegen. Wir gingen davon aus, daß mehr als nur die direkt involvierten Personen von der Kontaktaufnahme in die „Szene" informiert wären. Eine Veröffentlichung der Sache während der live-Diskussion könnte zum Vorwand einer weitergehenden Repressionswelle werden.

Eine Kontaktaufnahme mit Rechtsanwalt Prader war zu diesem Zeitpunkt nicht möglich. Aus diesem Grund befürworteten wir eine Veröffentlichung der Geschichte ohne Nennung der Namen beteiligter Personen. An der späteren Veröffentlichung des Namens von Rechtsanwalt Prader im Flugblatt waren wir nicht beteiligt. Ebenso entzieht es sich unserer Kenntnis, wie es zu dem NEWS-Bericht gekommen ist.

Berichtigungen

Die in NEWS und im Flugblatt veröffentlichten Gesprächsprotokolle basierten auf Protokollen von anderen Personen, nicht von TATblatt-Leuten. Dennoch stimmt der geschilderte Gesprächsverlauf im Großen und Ganzen mit dem Inhalt „unserer" Gespräche überein.

Uns gegenüber hat Thomas Prader jedoch nicht

- behauptet, daß die Person eventuell bei der Festnahme erschossen würde, wenn sie sich nicht freiwillig stelle;
- garantiert, daß sie im Falle der bisherigen Unbescholtenheit lediglich mit einer Strafe von bis zu sechs Monaten Haft zu rechnen hätte; es wurde kein „deal" vorgeschlagen oder garantiert,
- gesagt, daß er auch die Erklärung „irgendeiner Person" für politisch notwendig halte und daher haben wolle.

Schlußfolgerungen

Wir wollen klarstellen, daß wir in Zukunft für solche Sachen nicht zur Verfügung stehen. Das haben wir auch Rechtsanwalt Prader in einem Gespräch mitgeteilt. Es hat sich gezeigt, daß es für viele Linke und Grüne in der letzten Woche um mehr als nur darum ging, sich von einer konstruierten linken Terrorszene zu distanzieren. Vielen ExponentInnen ging es um das Halten des Innenministers in seiner derzeitigen Position um jeden Preis (mehr zu dieser Politik der Grünen wieder anderswo...).

Es ist allein ihre Sache, wenn sie sich zur Zusammenarbeit mit der Polizei entscheiden.

Wir jedenfalls lehnen das entschieden ab!

Im Zusammenhang mit den Zivilrechtsverfahren Haider vs. TATblatt (bzw. umgekehrt), in denen uns die Kanzlei Prader vertritt, bleibt noch festzustellen:

Nach einem langen Gespräch zwischen TATblättlingen und Rechtsanwalt Thomas Prader gehen wir davon aus, daß Thomas Prader „in gutem Glauben" gehandelt hat; d.h., daß er es nicht beabsichtigt oder bewußt in Kauf genommen hat, daß uns aus dieser ganzen Sache irgendein Schaden erwachst.

Die laufenden Verfahren bleiben weiter bei der Kanzlei Prader, zumal die dort damit befaßten Personen sie mit außerordentlichen Engagement bearbeiten.

Bezüglich der geschilderten Vorgänge sind wir politisch unterschiedlicher Ansicht. Mit diesen Unterschieden können aber sowohl Thomas Prader als auch wir am Besten umgehen, wenn wir sie offen auf den Tisch legen. Das ist geschehen.

Es bestehen keine Bedenken die politisch wichtigen Prozesse zusammen weiterzuführen.

TATblatt

und Verschwiegenheit *zugesagt hatten. Eine dieser Personen war der Journalist Wolfgang Purtscheller. Beide stimmten mit mir darüber überein, daß es in der konkreten Situation politisch bedeutsam und sinnvoll wäre, den Fall Ebergassing aufzuklären. Ich gab beiden den Namen desjenigen bekannt, nach dem gefahndet wurde und bat sie, mit dieser Person Kontakt aufzunehmen bzw. ihr ausrichten zu lassen, mich möglichst unverzüglich in Frankreich anzurufen. Beide versprachen, dies zu tun.*

Einige Stunden später wurde ich von Purtscheller - ziemlich aufgeregt zurückgerufen und teilte er mit, daß die gesuchte Person erreichbar wäre, mit dem Fall Ebergassing nichts zu tun und ein Alibi habe. Nach längerer Diskussion habe ich mit Purtscheller vereinbart, daß diese Person nach Erhalt einer Ladung den Behörden zu einer Vernehmung zur Verfügung steht. Ich habe mich bei Purtscheller vergewissert, daß dies auch im Sinne dieser dritten Person ist. Diese Vernehmung hat inzwischen stattgefunden und hat sich bestätigt, daß diese Person mit Ebergassing nichts zu tun hat.

Etwas verunsichert durch den Umstand, daß die Polizei nach jemandem fahndet, **der ohnehin zu erreichen war,** *habe ich Bundesminister Einem, den ich seit mehr als 10 Jahren persönlich kenne und schätze, angerufen, um mir bestätigen zu lassen, daß der Anruf von Mag. Sika mit seinem Einverständnis erfolgt ist. Ich habe Dr. Einem auch mitgeteilt, daß die gesuchte Person nach Erhalt einer Ladung den Sicherheitsbehörden ohnehin zu einer Einvernahme zur Verfügung stünde.*

Anschließend habe ich mit Purtscheller erneut Kontakt aufgenommen, ihn über dieses Gespräch informiert und ihn nochmals ersucht - durchaus eindringlich weiterzuleiten, daß sich der oder diejenigen, die über den versuchten Sprengstoffanschlag in Ebergassing informiert sind, am Sonntag dem 30.4.1995 bei mir nach meiner Rückkehr in Wien melden oder in meine Kanzlei kommen mögen. Ich habe angeboten, mit dieser oder diesen Personen zu sprechen, weil es meine persönliche Überzeugung ist, daß der versuchte Sprengstoffanschlag in Ebergassing, der für mich durch den Tod von zwei Personen eine menschliche Tragödie und aufgrund der politischen Auswirkungen eine Katastrophe darstellt, so rasch und so weit wie möglich aufzuklären ist. Dabei habe ich mehrfach betont, daß absolut gewährleistet ist, daß die Identität dieser Person(en) von mir, der ich zu anwaltlicher Verschwiegenheit nicht nur verpflichtet, sondern auch gegenüber jedermann, insbesondere den Sicherheitsbehörden, berechtigt bin, nicht bekanntgegeben wird.

Aufgrund der aufgeheizten Stimmung kann und werde ich als Rechtsanwalt derzeit niemandem, der in den Fall Ebergassing involviert ist, raten, sich den Sicherheitsbehörden und der Justiz zu stellen, da aufgrund möglicher medialer Vorverurteilungen ein faires Verfahren und eine angemessene Strafe zumindest fraglich sein könnte. Dies habe ich auch gegenüber Purtscheller unmißverständlich zum Ausdruck gebracht.

Ebenso unzutreffend wie absurd ist die Behauptung, daß in dem Gespräch mit Purtscheller jemals die Rede davon war, es bestünde Gefahr, daß jemand erschossen werde, wenn sich dieser nicht stelle. Gleiches gilt für die Behauptung, daß ich einen „deal" des Inhalts vorgeschlagen hätte, daß sich „irgendein" dritter Mann bei mir melden möge, um als fingierter Täter präsentiert zu werden, weiters, daß man diesem dann später den Prozeß mache, in welchem er zu einer nicht mehr als sechsmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt werde.

Ein fingierter Täter hätte niemandem genützt, zumal nach einem kurzen Gespräch sofort klar gewesen wäre, daß diese Person nicht die notwendige und erwünschte Aufklärung geben kann.

Niemand, geschweige denn ein Rechtsanwalt, kann eine bestimmte Strafe in einem zukünftigen Strafverfahren garantieren.

Ich stehe zu meinem Versuch, dem Ersuchen des Mag. Sika zu entsprechen, einen Beitrag zur Aufklärung des Falles Ebergassing zu leisten.

Vorwand Ebergassing:
Die Repression geht weiter

In den Medien der letzten 10 Tage wurde der radikalen Linken wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Das Ernst-Kirchweger-Haus oder andere Projekte und Gruppen, die der radikalen Linken zugerechnet werden, sind wieder aus den Meldungen verschwunden (außer natürlich das TATblatt). Im Hintergrund geht die Repressionwelle mit Hausdurchsuchungen, Polizeiterror und Vorladungen weiter. Zugesagte Förderungen und Subventionen für linke Projekte werden gesperrt, Verhandlungen für zukünftige Förderungen abgebrochen. Dabei half es den Gruppen und Projekten wenig, wenn sie sich vom versuchten Anschlag in Ebergassing oder militanter Politik generell distanzierten.

ein Autonomer

Mittlerweile wurden mindestens 30 Personen zum Fall Ebergassing einvernommen. Wahrscheinlich liegt die Zahl bei etwa 50. Ausgehend von den Verwandten der beiden Toten kamen die ermittelnden Beamten auf bekannte Personen von Projekten, in welchen eine Teilnahme oder ein Naheverhältnis von Gregor und Peter vermutet oder konstruiert wurde. Desweiteren wurden Personen einvernommen, die andere als AlibizeugInnen angegeben hatten. Viele kamen von selbst zu den Beamten (Niederösterreichische Kriminalpolizei), nachdem entweder sie selbst von der Polizei zu Hause terrorisiert oder ihre Nachbarn belästigt worden waren. Einige hielten den Druck nicht aus, wenn ihre Namen in Medien oder inoffiziell von JournalistInnen kolportiert wurden.

die Ermittlungen

Die wenigsten Personen erhielten eine reguläre Ladung für eine Einvernahme. Die Medienhetze und die Vereinzelung innerhalb der radikalen Linken erzeugte für die meisten einen persönlichen Druck, Aussagen zu machen. Aus den gesammelten Protokollen und Erfahrungsberichten ergibt sich klar, daß die Polizei weniger das Interesse verfolgt, einen „Dritten Mann" zu finden als die gesamte „Szene" (oder was sie dafür hält) zu durchleuchten.

Der Polizei geht es darum einen lückenlosen Lebenslauf der Leute zu bekommen. War der Bann bei einer Tasse Kaffee erst mal gebrochen („wir sind ja keine TerroristInnen") verwickelten sich viele in stundenlange Plaudereien. Jene wenigen, die darauf nicht eingingen, konnten nach kurzer Zeit wieder gehen.

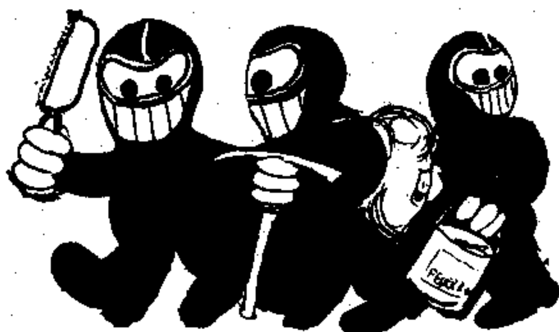
Die Fragen:

- Erstellen eines lückenlosen Lebenslaufes (Schule, Arbeitsplatz, Wohnen, welche Beisl und mit wem)
- Woher mensch Peter und Gregor kennt
- Fragen nach der persönlichen Einschätzung, obs die beiden waren
- Fragen nach den Gerüchten, daß sie eventuell in eine Falle geraten waren. Woher gehört?
- Ob mensch von anderen Verhören gehört hätte und woher

Einigen wurden Fotos zur Identifizierung oder Einverständnisformulare für ED-Behandlungen vorgelegt.

Warum keine Plaudereien ?

Einige Leute versuchen bei Vorladungen die Polizei zu überzeugen, daß sie doch auch in die Richtung ermitteln sollen, ob Peter und Gregor möglicherweise in eine Falle geraten wären. Zu solchen Überlegungen einer Zusammenarbeit mit der Polizei ein Zitat aus dem „Info-Verteiler" vom 1. Mai: „*Wenn Genossen einen technischen Fehler machen, so ist dieser zu kritisieren, um daraus lernen zu können. Wenn aufgrund dieses Fehlers zwei Genossen ums Leben kommen, sind wir umso mehr verpflichtet, aus diesem Fehler zu lernen, damit sie nicht umsonst gestorben sind. Wenn Genossen einen politischen Fehler machen, dann muß dieser mit einer solidarischen Kritik beantwortet und diskutiert werden. Solche Diskussionen dürfen aber nicht über bürgerliche Medien* (Anm.: oder bei der Polizei) *ausgetragen werden. Umso unverständlicher ist eine solche Vorgangsweise, wenn diese Medien gerade wie Bluthunde über die beiden Genossen und die Szene herfallen.*"



Alles schon vorbei ?

Die Polizeiermittlungen gehen weiter. Solange sie so ein leichtes Spiel mit uns haben, werden sie wohl auch nicht aufhören. In einem Interview mit dem „Standard" (Tageszeitung aus Wien) gibt der Leiter der Kriminalabteilung Niederösterreich an, daß „*rund 200 Personen überprüft werden müssen*". Die Gefahr von Repression ist vollkommen unabhängig davon, was mensch selbst gerade macht. „Unbeteiligt" ist keine Person, betroffen kann jede und jeder sein. Immer. Trotzdem: Keine Panik !

Über eure Rechte informiert euch das nebenstehende Flugblatt des Ermittlungsausschusses.

Bei Streß mit den Behörden meldet euch unbedingt beim Ermittlungsausschuß. Über jede persönliche Erfahrung ein Protokoll anfertigen und dieses an den Ermittlungsausschuß weiterleiten. Andere Leute bitten, das auch zu tun.

Nach reiflicher Überlegung nehmen wir die Kritik der Medien und der liberalen Linken am „Halts Maul"-Flugblatt an.

Stattdessen:

Hoits die Papp'n, bitte !!!

★

NOCH EINE WORTSPENDE

Kurzinformation zu Hausdurchsuchungen und Verhören

Der Ermittlungsausschuß informiert

In Zusammenhang mit der Explosion in Ebergassing wurde unter anderen auch das Ernst-Kirchweger-Haus von der Polizei durchsucht. Dabei wurde der PC mit dem Adressenmaterial (rapidité-Aussendung des EKH) beschlagnahmt. Die Polizei behauptet außerdem, daß es bei diesem Anschlag noch weitere Mittäter gäbe, die sie sucht.

Deshalb ist in nächster Zeit mit weiteren Hausdurchsuchungen und Vernehmungen zu rechnen. Da nicht absehbar ist, bei wem diese stattfinden werden, müssen wir uns alle darauf vorbereiten. Wir sollten uns daher überlegen, wie wir uns in derartigen Situationen verhalten werden bzw. wie wir uns darauf vorbereiten können. Dann haben wir auch keine Angst, das Falsche zu machen.

Grundsätzlich gibt es zwei Mglichkeiten für Hausdurchsuchungen: entweder aufgrund eines richterlichen Hausdurchsuchungsbefehls, oder aus eigener Initiative durch die Polizei aufgrund von „Gefahr in Verzug".

Weil es nicht unser Interesse ist, daß unsere Wohnungen durchsucht werden, werden wir uns, bevor wir die Polizei hereinlassen, erst einen Hausdurchsuchungsbefehl vorzeigen lassen. Auf diesem steht einerseits, wessen Wohnung durchsucht wird (das ist wichtig z.B. für Wohngemeinschaften, weil dann dürfen nur die gemeinsam genutzten Räume und der/die Räume der Person, gegen die sich der Befehl richtet, durchsucht werden. Die Räume anderer WG-Mitglieder sind von diesem Befehl nicht betroffen). Andererseits ist angegeben, was gesucht werden soll, z.B. „Adressen, Waffen, Notizbücher ...". Nur die im HD-Befehl angeführten Gegenstände dürfen mitgenommen werden. Es muß eine Bestätigung über alle beschlagnahmten Gegenstände ausgestellt werden, dadurch kann später nicht von der Polizei behauptet werden, daß andere Sachen beschlagnahmt wurden oder daß beschlagnahmte Gegenstände „verschwinden". Bei einer Hausdurchsuchung haben wir das Recht, daß wir selbst und/oder andere Personen unseres Vertrauens anwesend sind.

Wir überlegen uns immer sehr genau, was wir in unseren Wohnungen brauchen.

Hausdurchsuchungen bieten der Polizei eine gute Gelegenheit, gleich mit einer Einvernahme anzufangen. Natürlich können wir auch ansonsten vorgeladen bzw. zu einem Verhör abgeholt werden. Auf Vorladungen zum Verhör, deren Erhalt wir mit unserer Unterschrift bestätigen müssen (RSA, RSB Briefe; Hinterlegung gilt als Zustellung!), müssen wir reagieren. Wir verständigen Bekannte, daß wir zur Polizei gehen, und nehmen am besten eine Person unseres Vertrauens zum Verhör mit, die zumindest im Vorzimmer auf uns warten kann. Bei Jugendlichen kann die Vertrauensperson beim Verhör anwesend sein.

Bei einem Verhör muß uns die Polizei erst einmal mitteilen, ob wir als Zeugin oder Verdächtige vernommen werden. Das muß auch auf Vorladungen angegeben sein! Verdächtige bzw. Beschuldigte haben immer das Recht, die Aussage zu verweigern, wovon sie gern Gebrauch machen. Verwandte, Freunde/Freundinnen von Beschuldigten müssen sowieso nichts aussagen, auch wenn sie selbst nicht verdächtigt werden.

Aber aus Zeugen können bei der Polizei rasch Verdächtige werden, und deshalb verweigern wir auch, wenn wir als Zeugen vernommen werden, die Aussage.

Wir antworten auch nicht auf Fragen, die uns eigentlich harmlos erscheinen, weil die Polizei wohl einen Grund für diese Fragen haben wird. Wir haben auch kein Interesse daran, daß die Polizei „allerlei" über uns weiß (Schulbesuch, Stammbeisl, Freundeskreis ...). Und wer erst einmal mit Polizisten spricht, hat es schwer, das Gespräch abzubrechen, wenn es ihm gefährlich vorkommt. Gar nicht zu reden von der Aufregung, in der wir in einer Verhörsituation sind. Im Gegensatz zu uns sind die uns Verhörenden in einer „relaxten" Situation für sie ist ein Verhör Routine. Sie können sich abwechseln, jederzeit den Raum verlassen.

Auch wenn uns gesagt wird, daß wir schneller gehen können, wenn wir aussagen, werden wir nichts sagen. Festgehalten können wir immer werden, und da ist es uns lieber, die Polizei erfährt nichts von uns. Wir können nämlich so oder so nicht bestimmen, wann wir wieder entlassen werden. Ganz im Gegenteil: wenn wir Belastendes - und das will die Polizei ja im Endeffekt von uns hören - sagen, werden wir ganz bestimmt mehr Probleme haben. Oder die Personen, die wir mit unserer Aussage belasten bzw. die wir überhaupt ins Spiel bringen. Und wir wollen auch

---

Verhaftungen Schikanen Prozesse Vorladungen



Schwierigkeiten mit Polizei oder Justiz sind nicht der Weltuntergang. Sie sind nicht einmal ein Grund zur Panik...

Streß mit Gerichten, PolizistInnen und folglich auch teuren bzw überheblichen (zumindest aber schwer zeitgestreßten) AnwältInnen sind einfach sehr unangenehm. Auf diesen Streß kann mensch sich vorbereiten: mit fundierten Infos über Rechte und Möglichkeiten, längerfristiger Entwicklung von Verfahrensstrategien, Rollenspielen...

Wir machen daher ab sofort:

First Aid for Justice And Peace!

- Wann brauche ich überhaupt eineN AnwältIn?
- Wie bekomme ich Akteneinsicht?
- Wie verhalte ich mich bei Einvernahmen?
- Wie führe ich einen Strafprozeß/ ein Verwaltungsstrafverfahren?
- Welche Erfahrungen haben andere in ähnlichen Situationen/Strafverfahren gemacht?...
- Was hat meinE AnwältIn zu erklären vergessen...?

Bei uns findet Ihr:

- Alle notwendigen Gesetzestexte und Kommentare
- Jede Menge Literatur über frühere/ähnliche sonstige Verfahren
- alles Notwendige zur „Ersten Hilfe" in juristischen Notsituationen
- Infos über Rechthilfe (Blanko-Infoblätter und -flugis für den Demogebrauch)
- halbwegs verständliche Erläuterungen zum Gesetzes-Neusprech
- Rollenspiele, Rollenspiele, Rollenspiele...
- und „praxisgeschultes Personal"

Nicht vom Rechtsruck klein kriegen lassen — Selber agieren!

Kontakt:

jeden ersten und dritten Montag im Monat (außer Feiertags) von 17 bis 19 Uhr

in Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11

in besonders dringenden Fällen eine Nachricht per Telefon (0222 596 80 78) hinterlassen. Keine telefonische Beratung!

nicht noch mehr Personen einer Verhörsituation ausliefern.

Wenn eine Hausdurchsuchung oder ein Verhör vorbei ist, werden wir uns beim Ermittlungsausschuß melden und erzählen, was los war. Denn unsere Freunde und Freundinnen müssen wissen, wenn jemand von der Polizei belästigt wurde.

So nebenbei fallen uns noch ein paar Sachen ein, auf die wir immer achten sollten:

➔ Das Tonband vom Anrufbeantworter löschen wir täglich (am besten überspielen wir es, indem wir selbst etwas drauf reden oder Musik aufnehmen), weil sonst nachvollziehbar ist, wer uns aller angerufen hat.

➔ Telefone sind sowieso Dinger, die leicht abgehört werden können, deshalb sprechen wir nur kurz und Sachen, die jeder wissen darf.

➔ Nachdem Faxe und Modems wie Telefone funktionieren, beachten wir in diesen Fällen die selben Sicherheitsmaßnahmen.

➔ Tastentelefone merken sich die letzte Nummer, die wir angerufen haben (auch in Telefonzellen). Wir rufen gerne zum Schluß z.B. die Uhrzeit an: 1503.

➔ PC-Besitzer unter uns sollten sich darüber im klaren sein, daß diese Dinger sich viel mehr merken, als uns auffällt. Auch z.B. Verschlüsselungsprogramme können von Experten immer irgendwie geknackt werden. Jedenfalls legen wir von unseren Dateien immer Sicherheitsdisketten außerhalb der Wohnung an. Falls der PC beschlagnahmt wird, wollen wir ja die Daten nicht verlieren.

➔ Natürlich landen unter Umständen auch Interviews, die jemand einer Zeitung/ORF etc. gibt, bei der Polizei und sind somit auch so etwas wie Aussagen. Was der Presse zu bestimmten Anlässen mitgeteilt wird, sollen sowieso die Betroffenen gemeinsam entscheiden und nicht mehr oder weniger Unbeteiligte.

➔ Und über Geschichten, die andere Leute (auch wenn es unsere FreundInnen sind) nichts angehen, unterhalten wir uns sowieso nie und nimmer und nirgendwo. Genauso, wie wir keine Spekulationen über Geschichten, die uns nichts angehen, anstellen.

Telefonnummer des Ermittlungsausschusses:

58801-4400

Wien, 26. April 1995
Lesen — kopieren — weitergeben

So. *Aufgrund der besonderen Lage ist das auch ein besonderes TATblatt. Immerhin achtzehneinhalb Seiten füllen die Ereignisse der letzten zwei Wochen rund ums TATblatt selber. Jetzt folgt noch ein bisserl „reguläres" TATblatt, die Terminseite und die Werbung, die im Schwerpunkt etwas zu kurz kam. Hauptsächlich Kurzmeldungen, angesichts des beschränkten Platzes. Natürlich gibt's normalerweise mehr und längere Artikel, aber diesmal ist halt alles anders.*

Baba
Der Leauter.

★

Birkenstock: zurück ins 18. Jahrhundert

Bis ins 18. Jahrhundert reicht die Tradition der Schuhmacherfamilie Birkenstock zurück. Seitdem scheinen sie nur neue Produktionstechniken übernommen zu haben.

Seit April 1993 versucht in St. Katharinen bei Bonn, im Stammwerk der Birkenstocks, ein Betriebsrat die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen dort zu wahren. Die Reaktion: kurz vor Weihnachten wird mit Werksschließung gedroht. Der Kommentar zum Betriebsrat aus dem Munde des Juniors: „Wenn ich Mitglied der Gewerkschaft wäre, würde ich mich wie eine bezahlte Hure der Gewerkschaft verstehen". Die überwiegende Zahl der Beschäftigten sind Frauen.

Die Firmenleitung begann schnell damit, das Werk auszutrocknen. Von 2.000 Beschäftigten Ende 1993 blieben im Februar 95 noch 138. Die Öko-Treter werden jetzt vornehmlich in Firmen der Birkenstock-Söhne produziert: Happy Schuh geht an Alex Birkenstock, Betula an Christian Birkenstock, Fußbett und Albero an Stephan Birkenstock. All die Beschäftigten, die schön brav waren, dürfen hier weiter arbeiten, alle gelten natürlich als neu angestellt. Das heißt, daß es neue, vielleicht schlechtere Arbeitsverträge gibt, die Einstufung in die Lohnstufe wieder von vorne beginnt, sie von neuem anfangen müssen, Jahre für die Abfertigung zu sammeln. ....

Im Stammwerk werden unterdessen die Aufmüpfigsten von der übrigen Belegschaft separiert. Dazu der Herrscher persönlich: „Sie werden ganz zu recht wie Aussätzige behandelt und verachtet, das ist das mindeste, was angemessen ist". So sprach Karl Birkenstock und kündigte die Schließung des Werks zum 30. April an.

Allein der Sozialplan machte dem Familienclan einen Strich durch die Rechnung, statt der 1,9 Mio DM, die eingeplant waren, sollten es nun 3 Mio DM werden. Das ist denn doch zuviel, also wird erstmal weiterbeschäftigt und natürlich weiter schikaniert. Verleumdungsklagen sind dabei nur die harmloseste Variante.

Befürchtet wird jetzt, daß Birkenstock versucht, seine verhaßten Beschäftigten – Sklaven scheinen es nach seiner Philosophie zu sein – anders loszubekommen. Aufhebungsverträge oder ähnliche Kniffe werden erwartet.

Es ist also wohl dringend an der Zeit, zu handeln. Daß gewerkschaftliche Organisationen nicht zum Wohle der Herren Birkenstock sind, mögen sie schon begriffen haben. Was bleibt, ist diesem Ausbeuter-Clan mal zu zeigen was Solidarität heißt.

Kontakt:FAU-IAA AnarchosyndikalistInnen, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr.76, 53111 Bonn, Tel.&Fax: 060/228/695193

Radio CX-44 besetzt

Seit dem 13. Februar sind die Räume, von denen aus Radio Panamericana vor seiner Schließung auf Sendung ging, von einer Gruppe aus MitarbeiterInnen, FreundInnen und SympathisantInnen des Radios besetzt. Damit soll eine Wiedereröffnung des linken Radios, dem im August vergangenen Jahres von der damaligen Regierung Lacalle die Sendeerlaubnis entzogen worden war, erreicht werden. Die Schließung des Radios drei Monate vor den Wahlen stellte nicht nur eine grobe Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit dar, sie ließ auch ca. 70 MitarbeiterInnen ohne Arbeit.

Die seit dem 1. März amtierende Regierung Sanguinetti ist von den BesetzerInnen sowie von verschiedenen, sich mit dem Radio solidarisierenden Gruppen im in- und Ausland aufgefordert worden, eine Lösung des Problems zu finden, entweder durch die Rückgabe der Frequenz, die jedoch vom Expräsidenten Lacalle bereits an dessen Freund Nelson Marroco vergeben worden ist, oder durch die Vergabe einer anderen Frequenz an das Radio. Bis dahin sind die BesetzerInnen fest entschlossen, nicht von der Stelle zu weichen.

Auf juristischer Ebene haben die BesitzerInnen der Frequenz, die diese an Radio Panamericana verpachtet hatten, Einspruch gegen den Entzug der Sendeerlaubnis durch die Regierung erhoben, da die offizielle – juristische – Begründung „Unregelmäßigkeiten beim Abschluß des Pachtvertrages" lautete. Diese „Unregelmäßigkeiten" bestehen im Fehlen zweier Unterschriften bei der Unterzeichnung des Vertrages, eine Sache, die normalerweise in Uruguay völlig unerheblich ist.

Allen Beteiligten ist jedoch klar, daß es sich nicht um ein juristisches, sondern um ein politisches Problem handelt. Die neue Regierung hat sich bis jetzt in Zurückhaltung geübt; eine Wiedereröffnung des Radios könnte dem pluralistisch orientierten Image, das sie sich selbst gerne gibt, nur dienlich sein.

Solidarität mit den Zapatistas!

Bei einer Diskussion am Autonomie Kongress in Berlin (Ostern 95) meinte ein Vertreter der EZLN (sinngemäß): Solidarität heißt für sie nicht, daß Menschen Demos u.dgl. abhalten. Am besten ist die Solidarität dadurch gegeben, indem die Menschen im eigenen Land Widerstand leisten.

Nun befinden sich momentan einige Leute aus Chiapas in Europa, um Kontakte mit hier agierenden Gruppen aufzubauen. Deshalb ersuchen wir hiermit alle Gruppen, die Interesse an einem Kontakt mit den AnarchistInnen aus Mexiko haben, dies uns mitzuteilen.

Zu erwähnen wäre noch, daß die Kohle für den Besuch (Fahrgeld, Spesen,...) von den Gruppen hier getragen werden muß!

BRD

Bayer-Hauptversammlung:

Werkschutz „entfernt" kritische Aktionäre

Während der Hauptversammlung des Chemiemultis Bayer wurde ein Aktionär der „Coordination gegen Bayer-Gefahren" an einer Rede gehindert. Außerdem wurden Anträge verhindert, indem ihm das Mikrofon abgedreht wurde. Der Werkschutz enfernte drei kritische Aktionäre gewaltsam aus dem Saal.

Schon vor der Hauptversammlung hatte die Coordination gegen Bayer-Gefahren mehrere Anträge schriftlich eingereicht, daß die Dividende zugunsten ehemaliger KZ-InsassInnen auf symbolisch 1 Mark gekürzt werden sollte. Das Geld sollte stattdessen für die Wiedergutmachung an Opfern der IG-Farben Kriegsverbrechen, für die Aufstellung von Gedenktafeln an allen Orten des IG-Farben Grauens und für eine Gedenkstätte im KZ Auschwitz, in dem die IG-Farben ein eigenes KZ unterhielt, verwendet werden.

Kurz nach Beginn seiner Rede über die Verantwortung von Bayer für die Verbrechen der IG-Farben wurde ein Aktionär vom Vorstand unterbrochen, dann wurde ihm überhaupt das Mikrofon abgedreht, Hausverbot erteilt und letztlich wurden drei Aktionäre gewaltsam entfernt.

★

BLICK INS GRÜNE

Gorleben strahlt: Der Castor ist angekommen

Mit dem vermutlich größten und teuersten Polizeieinsatz Deutschlands seit Ende des zweiten Weltkriegs gelang es den Behörden Ende April, den Atommüllbehälter Castor auf seinem Weg vom AKW Philippsburg ins Atommüll"zwischen"lager Gorleben durchzuboxen. Wie wir bereits ausführlich in den letzten Nummern berichteten, hatten Anti-Atom-AktivistInnen mit unzähligen phantasievollen Aktionen versucht, den Castor bereits zu stoppen, bevor er noch weggefahren war. Leider erfolglos.

TATblatt, Graswurzelwerkstatt u.a.

Am Abend des 24. Aprils verließ der Castor per Bahn das AKW Philippsburg. Die Fahrtstrecke war trotz strenger Geheimhaltung von zahlreichen DemonstrantInnen gesäumt. Infolge massiver Polizeibegleitung gelang es jedoch nicht, ihn aufzuhalten. Lediglich zwischen Langendorf und Grippel (wo immer das auch ist, Anm. d. A.) mußte eine Zwangspause eingelegt werden, weil in Gleisnähe eine scharfe Fliegerhandgranate gefunden worden war, die erst gesprengt werden mußte (klingt etwas dubios, die G'schicht!; Anm.). Letztendlich erreichte der Atommüll sein wohl endgültiges Zwischenlager mit nur dreistündiger Verspätung am 25. April um 17 Uhr. Gemessen an den paar tausend Jahren, die er dort nun rumstrahlen wird, ein Klacks.

Ganze acht Tage lang galt in einem Umkreis von 50 Metern um alle Bahnlinien von Uelzen und Lüneburg nach Dannenberg, wo der Castor von einem Eisenbahnwaggon auf einen LKW umgeladen wurde, ein Versammlungsverbot. Diesem wurde allerdings nur von tausenden PolizistInnen Bedeutung beigemessen, die versucht hatten, es mit aller Gewalt gegen eine uneinsichtige AktivistInnenschar (Alternative, Autonome, BäuerInnen, ArbeiterInnen, BürgerInnen, ...) durchzusetzen. Den Beobachtungen des "Komitees für Grundrechte und Demokratie" zufolge wurde bereits an den beiden Tagen vor Transportbeginn, besonders aber an den Transporttagen selbst, in "unverhältnismäßiger" Weise gegen die DemonstrantInnen vorgegangen: "Dem friedlichen und gewaltfreien, offen vorgetragenen Protest wurde zunehmend mit massiven Zwangsmitteln, wie Einsatz von Schildern, Schlagstöcken und Stoßstöcken bis hin zu Wasserwerfereinsätzen und einzelnen Anwendungen von Reizgas begegnet." Selbst dort, wo das Versammlungsverbot gar nicht mehr galt.

Die Kosten des Polizeieinsatzes beliefen sich auf zig Millionen D-Mark. Allein für Niedersachsen war von 28 Millionen DM die Rede. Damit wurde wenigstens ein Ziel der Atom-GegnerInnen erreicht: den Transport so teuer wie möglich zu machen. Je teurer dieser Castor käme, umso unwahrscheinlicher würde jeder weitere, argumentierten sie. Unterdessen versuchte jedoch die CDU, die Kosten des Polizeieinsatzes auf die DemonstrantInnen abzuwälzen. Dies widerspricht jedoch dermaßen eklatant den deutschen Grundrechten, daß sie damit wohl nur kaum durchkommen werden.

Für heuer ist noch die Einlagerung von fünf weiterer Castoren geplant. Am 13. Mai findet in Hannover ein großangelegter Aktions- und Demonstrationstag statt. Ideen für neue Aktionen und Kampagnen werden bereits gesammelt.

TATblatt

Donnerstag, 11. Mai

Wien

20.00, Theater m.b.H. (7, Zieglerg. 25) **Die jüngste Nacht.** Lustspiel von Arnold Bronnen: „Umbruchs"-Nacht im Mai 1945. Auch im schönen Salzkammergut, im kleinen Ort Roith, droht die „heile Welt" zusammenzubrechen. Die Alpenfestung schwankt, doch in Oberdonau wird gestanden und gekämpft. 2998 Parteigenossen und zwei marode Widerständler — der eine ohne Bein, der andere ohne Arm — harren und bangen. Wer kommt schneller, der Endsieg oder die Amis, und wer steht wie dann da?
Das mit erbarmungslosem Witz gezeichnete feige, opportunistische Verhalten der Roitherinnen wirft ein Schlaglicht auf die folgenden politischen Entwicklungen dieser Republik, in der sich manch eineR nicht erinnern will.
Brecht und Bronnen: galten einst als Dramatiker-Zwillinge und wurden aus politschen Gründen lange Zeit boykottiert. Im Gegensatz zu Brecht wird Bronnen (einst in der Nähe des Nationalsozialismus und Bekannter Goebbels, später Widerstandskämpfer und Mitglied der KPÖ) bis heute ignoriert.
Weitere Vorstellungen im Mai: immer Do bis So (Beginn: 20.00)

19.00 - 21.00, VHS Favoriten (10, Arthaberpl. 18) Univ.Ass.Dr. Wakounig: **„Rassismus, Minderheiten und Feindbilder."**

21.00, EKH (10, Wielandg. 4) **blue room (aid)** mit Slim Young & Band

Linz

22.00, Theater phönix (Wiener Str. 25, Tel 0732/66 26 41) Wiederaufnahme: **„PEEPschow 1 — Heute Nacht oder NIE"** ... war Auftakt einer neuen Form von Theater, die es auch erlaubt, zu später Stunde gespielt zu werden. Ein Abend, bei dem das Publikum wirklich entscheiden kann, wie er sich entwickeln wird. Wie bei einer Juke-Box kann mensch unter verschiedenen Titeln auswählen, welche sie/er sehen möchte. Acht von 20 Szenen aus der Weltliteratur werden pro Abend gespielt:
Weitere Spieltermine: 13., 18., 25. und 27. Mai (immer 22.00)

Freitag, 12. Mai

Wien

21.00, EKH (10, Wielandg. 4) **Toaster** mit Nar Malik, Vergiftete Pfeile, Diareks Gallery

19.00 Amerlinghaus (7, Stiftg. 8) **Projekt „JEDER IST anderswo EIN FREMDER".** Erstes Treffen der Schreibwerkstatt mit MigrantInnen und Angehörigen ethnischer Minderheiten. (Das Projekt läuft von Mai bis Dez. 95) Werkstatt-Treffen jeden Fr. Veranstaltungsblock mit Lesungen, Ausstellungen, Programm für SchülerInnen und ROMA-Kulturpräsentation im Sept. Außerdem ist ein Buch mit den besten Texten der WerkstattautorInnen geplant.

Wels (OÖ)

18.00, schl8hof (Dragonerstr. 22) Eröffnung der Fotoausstellung **10 jahre schachthof**
21.00 **Die** (verkochten Tiroler-) **Knödel & Werk**

Samstag, 13. Mai

Wien

20.00, EKH (10, Wielandg. 4) Fest der **Basisgruppe POlitikWIssenschaft:** *„Alles verändert sich, wenn wir es verändern"* (meinen die, Anm. Tb) es spielen: Paste, Sore, Change of Ways + diverse DJs
Auf der Uni gibts jetzt ja einen Wahlkampf (ÖH-Wahl vom 14.-16. Mai!). Deshalb hier eine kleine Wahlempfehlung, für all' die, die mit Wahlen *alles verändern, wenn sie es verändern* (wollen): Wählt die Basisgruppen, bzw. jene (parteiunabhängigen) Gruppen, die sich aus solchen zusammensetzen (LIAB, LILI, ... — diese werden meist von GRAS und KSV unterstützt) — damit sie den Männern (sic!) mit den bunten Regenbögen (AGler) die Suppe versalzen oder so, ...

Sonntag, 14. Mai

Alle (!) braven Jungens und Mädels werdens heute ganz schön eilig haben. Nicht weil der Mond heut so voll und der Knoblauch alle ist. Nein! Denn merkt euch liebe Kinder: Heute ist Muttertag. Also besorgt noch schnell ein paar Blümchen — und dann los.

Wien

Für FrühaufsteherInnen ab sofort jeden Sonntag ab 12 Uhr (bei schönem Wetter im Hof) Frühstücksbeisl im EKH (10, Wielandg. 4).
Mit vielen Leckereien, Zeitungen, angenehmer Gesellschaft ....
und dann etwas später:

20.00, B.A.C.H (16, Bachg. 21) Celebration Her, Her, Her! Muttertagsspektakel mit den **Bleach Boys**

21.00, EKH (10, Wielandg. 4) **Flüchtlingssoli** mit: **Die verkochten Tirolerknödel, Sunnsait'n** und **Schmetterlinge.** Ein MUSS-Termin! Die weltberühmten Knödel und die anderen spielen im Rahmen eines Uhudla-Festes ein Solikonzert für's 1. Wiener Integrationshaus, Roma-Soli-Fond und EKH-Flüchtlingshilfe Einziger Schönheitsfehler: ermäßigte Vorverkaufskarten gibts bei der .. — na bei welchen von denen halt, wos auch all die anderen „verbilligten" Karten gibt (wann's'a Konto hast!) — (das wär doch was für Jörgls Netz!).

Schwertberg (OÖ)

21.00, Kanal (Josefstal 21), **Full Moon Party** (Immer wenn der Mond voll ist, steigt im Kanal ein Fest — die sind halt so (mondsüchtig))

Montag, 15. Mai

Wien

18.30, IWK (9, Bergg. 17) **Völkischer Katholizismus und Neue Rechte,** Vortrag von Klaus Zellhofer

Dienstag, 16. Mai

Wien

19.30, Literaturhaus (7, Zieglerg. 26 A) *Szenische Lesung:* Das **Erste Wiener Lesetheater** präsentiert Peter Weiss *„Die Ermittlung"* Oratorium in 11 Gesängen

19.00 Amerlinghaus (7, Siftg. 8) **TAT-blatt-Solidaritätstreffen:** Alle, die beim TATblatt mitmachen, oder sonstwie die Angriffe gegen das TAT*blatt* abwehren helfen wollen, sind eingeladen, dorthin zu kommen.

Mittwoch, 17. Mai

Wien

9.30 und 15.00, VHS Favoriten (10, Arthaberpl. 18) Kinderfilm (ab 10 J.) **Sebastian und Sparrow** Von zwei unterschiedlichen Jungen. Einer lebt auf der Straße, der andere kommt aus besseren Verhältnissen. Beide fasziniert das Leben des anderen. Als der Straßenjunge erfährt, daß ihn seine Mutter sucht, machen sie sich auf den Weg...

Nach Ende des Streiks (siehe Tb +??) der Antifaxe gibts nun erfreulicherweise das **Antifa-Café** wieder. Jeden **Mittwoch von 14.00 2.00** im EKH, 10, Wielandg. 4. Nach der Erkenntnis, daß die Kombination von viel Bier und lautem, aggresiven Sound beileibe nicht das politische Bewußtsein, sondern hauptsächlich die pseudo-politischen Posen männlicher Aggressivität fördert, ist das Anti-fa-Café ab sofort alkfrei und mit regelmäßigen politischen Veranstaltungen. Heute:

ab 14.00, EKH (10, Wielandg. 4) *Antifa-Café,* um (15.00 und?) 19.00 Vortag und Diskussion **„Gesellschaft ohne Häfn — eine Utopie?"** anschl. Film

19.30, 7stern (7, 7sterng. 31) Öffentliche Generalprobe. StudentInnen der Schauspielschule Krauss präsentieren **Der Streit** von Pierrre Carlet de Champlain de Marivaux, ein Theaterstück über die Unbeständigkeit der Gefühle.

Donnerstag, 18. Mai

Wien

21.00, EKH (10, Wielandg. 4) **blue room (aid)** Film: „Die Verrückung" live vertont von Kapelle Kaputt

19. - 20. Mai

Linz

STUWE (Steing. 5) **Seminar Konfliktbewältigung** — *Erfahrungen mit negativen und konstruktiven Konfliktverläufen.* Es kommt u.a. eine Mitarbeiterin des Österr. Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (was immer das ist!). Anm. bei Friedenswerkstatt Linz, Tel. 0732/77 10 94

Freitag, 19. Mai

Wien

20.00, B.A.C.H. (16, Bachg. 21), **Armageddon Dildos** (D) Industriel Metal + Einsatz moderner Technologie

Wels (OÖ)

ab 10.00, schl8hof (Dragonerstr. 22) **Tag der Sozialprojekte.** Die 10-jährige Geschichte des Alten Schl8hofs als Kulturzentrum ist eng verbunden mit der Entstehung, Entwicklung und Etablierung der dort angesiedelten Sozialprojekte. Rund um die Ausstellung „Das Welser Modell" gestalten drei Sozialprojekte ein gemeinsames Programm. Genauere Infos unter Tel. 07242/67 284

Samstag, 20. Mai

Wien

15.00, Museum Moderner Kunst (9, Fürsteng. 1 — Palais Liechtenstein) **Kubismus.** Zu Kunstströmungen im 20. Jh lädt Dieter Schrage zur Kunstinitiative für die GA Wien. Anhand von Bildern und Skulpturen von Kokoschka, Magritte & Co soll über „Stil" (eben nicht!) gemeinsam gequatscht werden. Anm. erf. unter Tel. 317 69 00-34 oder 522 52 43

21.00, EKH (10, Wielandg. 4) **ATOM-RAVE** Soli-Rave für die EKH-Flüchtlingspolitik.
An die, die da sagen werden, daß das ja nicht geht, ein Rave zum Sponsern von Flüchtlingshilfe: *Ihr irrt!!!*

Schwertberg (OÖ)

21.00, Kanal (Josefstal 21), **Fuck Head & Jack Frost**

22. bis 28. Mai

SchlaWiener Festwochen

Eine Festwoche gegen den Rassismus und seine staatliche Praxis aus dem anarchistischen Zentrum des frischgebackenen Schengenlandes. Alle, die sich mit Aktionen (auch außerhalb Wiens) beteiligen wollen, seien hier dazu angestiftet ...
Das genaue Programm findet ihr im redaktionellen Teil.

Montag, 22. Mai

Wien

19.00, Russisches Kulturinstitut (4, Brahmspl. 8) Film und Dialog 1945 — 1995. **Hasenjagd — Vor lauter Feigheit gibt es kein Erbarmen.** Diskussion mit Andreas Gruber (Regisseur) u.a. Veranst. der Grünen Bildungswerkstatt (Tel. 526 91 11) *Mit Buffet!*

20.00, B.A.C.H (16, Bachg. 21) **Pro Choice.** Ö-Norm: Österreichische Newcomer-bands bei freiem Eintritt

Dienstag, 23. Mai

Wien

19.00, AJA (11, Schneidg. 15) **„Wer sich nicht wehrt lebt verkehrt"** Tips und Tricks zum Umgang mit Polizei und Behörden

Mittwoch, 24. Mai

Wien

19.30, 7stern (7, 7sterng. 31) **„Schön ist die Jugendzeit oder Träumen allein ist zuwenig."** Ein Musical von und mit *Wild Trash.* Danach Party

Wels (OÖ)

18.00-22.00, Jugendzentrum D22 (Dragonerstr. 22) **Multi-Kult-Fest**

21.00 schl8hof (Dragonerstr. 22) **Fuckhead & Black Koffie**

Freitag, 9. Juni

Wien

Wichtiger Termin!
Auf jeden Fall vormerken!

21.00, EKH (10, Wielandg. 4) **TATblatt-Fest** mit *Those Who Survived the Plague* (1. Auftritt in neuer Besetzung!), *Strawman* (San Francisco), *Trümmer sind die Steine der Hoffnung* (Linz) und vielen alten und neuen TATblättern, T(ATblatt)-Shirts ...

Umstrukturierung im TATblatt-Dunstkreis (Teil 2)

Im letzten TATblatt berichteten wir über das Outsourcing des infrastrukturellen Sektors aus der Unabhängigen Initiative Informationsvielfalt, welche unter anderem Herausgeberin des TATblatts ist, und im Zuge dieses Umstrukturierungsprozesses auch einen neuen, flexibleren Weg in puncto Standortpolitik einschlug.

Als neuen Vereinssitz hatten wir, wie im letzten TATblatt verkündet, die Pernerstorfergasse 42 gewählt, wo wir, im vollsten Einverständnis der Betroffenen, das Büro der Grünalternativen Jugend mitbenutzen durften.

Aus heutiger Sicht müssen wir zugeben, daß diese Standortwahl eine schräge Optik hat. Das hat aber mit der Unterstützung der Inhalte der Grünen nichts zu tun. Wir dachten uns damals, man solle den Grünen eine Chance geben. Solange die Kommunikation noch stattfindet, ist nicht aller Tage Abend. Zu dieser Politik der offenen Tür und Dialogfähigkeit können wir auch heute noch stehen. Wir haben in den letzten siebeneinhalb jahren eine gute Kultur gehabt, nämlich Türen nicht zuzuwerfen. Dadurch sind Blödheiten vermieden worden. Wir haben uns jetzt aber die uns betreffende Erklärung der Grünen geben lassen, und gestaunt, was das für eine obskure Mischung ist. Wir halten das für wahnsinnige Träumereien. Das ist genau die Art von verbohrtem Dogmatismus, der nur in grünen Gruppen, die eine zu geringe Realitätsverbindung haben, entstehen kann.

Wir haben schleunigst das weite gesucht. Unser neuer Vereinssitz ist im Büro des "FORVMS". Briefe, Faxe, Bestellungen, Abozahlungen etc. aber bitte bis auf weiteres an das Büro des Vereins "INFRASTRUKTUR" (1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11, Telefon: 0222/ 5968078, Fax: 5968078-4) schicken, z.H. TATblatt. Wir bekommen das dann weitergeleitet und/oder ausgerichtet.

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, das du als letztes im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!!! Bei Fehlern oder Unklarheiten bitte einfach bei uns anrufen oder uns schreiben!

P.b.b., Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1070 Wien

Das TATblatt ...

... ist eine seit 1988 existierende und 14-täglich erscheinende, selbstverwaltete Zeitschrift. "Alles über das Böse auf der Welt", "Nachrichten aus dem Widerstand" oder "die Zeitung für TäterInnen"; unsere Arbeit genau zu definieren, fällt uns schwer.
Klar ist aber: "Objektivität" und "Ausgewogenheit" sind nicht unsere Sache!
Das TATblatt soll die Wut, den Widerstand und vor allem die Erfolge der Menschen zum Inhalt haben, die keine "Beherrschten" sein wollen.
Das TATblatt soll nicht "Zentralorgan" sein. Es ist Platz für Diskussionen und Erfahrungsberichte: Die Wege in eine Gesellschaft ohne Unterdrückung der Frauen, ohne Rassismus, ohne Hierarchie, Dogmatismus und Profitdenken sind in keiner Landkarte eingezeichnet, kein Führer kennt den Weg!
Das TATblatt darf nicht "fertig", und schon gar kein "Produkt" sein; sehr wohl aber ein in ständiger Entwicklung befindlicher Ausdruck der Suche nach einer anderen Gesellschaft.
Wer sich von Rechtschreibfehlern, kontroversieller Diskussion und Chaos nicht abschrecken läßt, ist herzlichst eingeladen, mitzumachen...

Kontakt

***Journaldienst:** Mittwoch 15–18 Uhr (Wien 6, Gumpendorferstr. 157/11)*

Verkaufsstellen

***WIEN 1:** •BH Südwind (Kleeblattgasse 4) •BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) •Zeitungskiosk R. A. Kercam (Kärntnertorpassage – beim U4-Abgang) •Zentralbuchhandlung (Schulerstraße 1) **WIEN 3:** • Arena-Beisl (3, Baumgasse 80) •Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf „Unser Laden" (Apostelgasse17) **WIEN 4:** Beisl TU-Club (Paniglgasse/Ecke Argentinierstraße) **WIEN 6:** •Beisl KUKU (Linke Wienzeile 98) •Platten RAVE UP (Hofmühlgasse 1) **WIEN 7:** •V.E.B. Sacro (Neustiftgasse 68, im Hof) •Platten Why Not (Kirchengasse) **WIEN 8:** •EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) •Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** •BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) * BH Löwenherz (Berggasse 8, Eingang Wasagasse) •BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) **WIEN 10:** •Bioladen "Der Laden" (Gudrunstraße 143) •EKH (Wielandgasse 2–4) **WIEN 16:** •Beisl CI (Payergasse 14) •Beisl B.A.C.H (Bachgasse 21) **STOCKERAU:** •Bäckerei W. Schwarz (Heidstraße 11) **GRAZ:** •ÖH-GEWI, Zimmer 5 (Schubertstraße 2-4) •Jugendzentrum Explosiv (Schützgasse 16) **SALZBURG:** •ÖH-Fakultätsvertretung NAWI (Hellrunnerstraße 34) **SCHWERTBERG:** •Kulturverein KANAL (Joseftal 21) **INNSBRUCK:** •Utopia (Tschamlerstraße 3)*

TATblatt-Abo

Zahlungen an:
Verein „Infrastruktur" (1060, Gumpendorferstraße 157/11), P.S.K. 92.037.311
einfach beiliegenden Erlagschein (P.S.K. 92.037.311 - Empf: Infrastruktur) ausfüllen (Name und Adresse auch am rechten Abschnitt vollständig eintragen !!!) und einzahlen!
Preise innerhalb Österreichs:
10-Nummern-Abo: 140,- Öschis
20-Nummern-Abo: 270,- Öschis
Preise außerhalb Österreichs:
10-Nummern-Abo: 200,- Öschis

Impressum

***Medieninhaberin, Herausgeberin:** Unabhängige Initiative Informationsvielfalt, 1070 Wien, Museumstraße 5 (FORVM)*
***DVR Nr.:** 0558371*
Druck und Vertrieb:
Verein „Infrastruktur", 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11
***Druckerei-Öffnungszeiten:** Mo-Fr: 15-18 Uhr (ebd.)*
***Telefon:** (0222) 5968078*
***Fax:** (0222) 5968078-4*
***Konto:** P.S.K. 92.037.311*

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.

Das nächste TATblatt erscheint am 24. Mai 1994